

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Heilmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, hiesig in Bochum, Wilmshäuser Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 80. Adr.-Nr.: Wilmshäuser Bochum.

Chefredakteur Hankamer zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt!

Die Wahrheit über den Märzstreik 1912 gerichtlich festgestellt!

Am Freitag, den 28. Mai, wurde Herr Wilhelm Hankamer, Chefredakteur der ultramontanen „Essener Volkszeitung“, welche 1912 schon am zweiten Streiktag Militär forderte, vom Schöffengericht in Essen wegen Verleumdung unseres Verbandsvorsitzandes zu 100 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Außerdem wurde unserem Verbandsvorsitzenden auf Kosten Hankamers die Publikationsbefugnis in der „Essener Volkszeitung“, „Essener Arbeiter-Zeitung“, im „Bergknappen“ und der „Bergarbeiter-Zeitung“ zugesprochen.

In Nr. 60 vom 13. März 1912 brachte die „Essener Volkszeitung“ einen Artikel, betitelt: „Der Bergarbeiterausstand“, worin u. a. gesagt wurde:

„Der sozialdemokratische Verband wird mit seiner selbstverordneten Streikleitung nur schlimme Schäden für seine Gefolgschaft herbeiführen... Er riskiert es, seine eigenen Mitglieder in Not und Verderben zu führen; denn er lebt von der Ungutzufriedenheit... Man sollte doch meinen, daß auch der einfache Arbeiter, wenn er nicht schon ganz verblendet ist, endlich die Machenschaften durchschauen muß, die ihn zum Kanonensfutter für die sozialdemokratische Partei und deren englische Freunde machen wollen... Wie man die Sache auch betrachten mag, es ist kein Sinn und Verstand in dem ganzen Unternehmen, — abgesehen von der frevelhaften Spekulation der Umsturzpartei auf die steigende Ungutzufriedenheit in Folge der unermesslichen Niederlage. Die verheerten Massen begehen eine Torheit und ihre hinterlistigen Verführer begehen ein Verbrechen.“

In Nr. 76 vom 2. April 1912 brachte die „Essener Volkszeitung“ einen Artikel, betitelt: „Gegen den Abg. Giesberts“, worin gesagt war, daß im Landkreis Essen ein Flugblatt verbreitet worden sei, „das in jeder Zeile die höchste Verschlagtheit und Verdrehungskunst atmet“. Dann heißt es u. a. wörtlich:

„Herr Giesberts wird es als Arbeitererrat angerechnet, daß er mit kraftvoller Entschlossenheit sich ins Mittel gelegt hat, um den Streik zu verhindern. Als Motto dient der Ausspruch des Vertreters von Essen (Giesberts) in der Konferenz beim Staatssekretär Delbrück (7. März 1912): „Wir werden den Streik verhindern, und wenn es Kopf und Kragen kostet...“ Das war eine Tat, welche nicht dankbar genug anerkannt werden kann, um so mehr, als dadurch auch den von der Sozialdemokratie verfolgten politischen Bestrebungen eine niederschmetternde Niederlage bereitet worden ist... Es wäre deshalb eine Pflichtvergessenheit allerseits, wenn die freies vom Haun gebrauchene Arbeitseinstellung nicht unter allen Umständen verhindert worden wäre, selbst wenn es Kopf und Kragen gekostet hätte... Aber jetzt eine andere Frage: Haben die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer sich nicht etwa eine klingende Entschädigung von den englischen Besenbesitzern dafür zahlen lassen, daß sie im rheinisch-westfälischen Industriebezirk den Streik angezettelt haben, um eine Wiedereröfnerung der im Jahre 1905 verloren gegangenen Absatzgebiete durch das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt zu verhindern?“

Daran anschließend gab die „Essener Volkszeitung“ dann unter der Überschrift: „Ein wahres Wort aus polnischem Mund“ einen Artikel der in Herne erscheinenden polnischen Zeitung „Narodowice“ vom 27. März 1912 wieder, welcher betitelt war: „Skandalöser Verrat des Verbandes gegenüber dem polnischen Gewerksverein und den polnischen Bergleuten“, worin unter schwer beleidigenden Ausfällen auf unseren Verband und seine Führer behauptet wurde, öffentlich sei die Lösung ausgegeben worden, sich nicht einschüchtern zu lassen und weiter zu streiken, heimlich aber sei einem gewissen Teil unserer Verbandsmitglieder befohlen worden, schon am Samstag zur Arbeit anzufahren. Wörtlich war dann u. a. gesagt:

„Die sozialdemokratische Streikleitung stellte besondere Karten aus, durch die sie einem großen Teil ihrer Mitglieder erlaubte, zur Arbeit anzufahren... Die Besen bestätigten gegenwärtig öffentlich, daß am Samstag, den 16. März, eine große Zahl bekannter Sozialdemokraten und Verbändler angefahren sei. Es geschah dies auf Grund dieser Verbandskarten, welche die Arbeit wieder aufnehmen erlaubten, hinter dem Rücken der streikenden polnischen Bergleute, hinter dem Rücken des polnischen Gewerksvereins... Es erübrigt jetzt nur das eine, nämlich, daß die Sozialdemokraten nicht nur gemüht haben, daß die Sache schlecht gehen werde, sondern daß die Sozialdemokraten gewollt haben, daß die Sache schlecht gehen sollte... Und jene wollen die Erbitterung des Volkes... Sie ist durchgefallen im Wahlkreise Bochum, ein Sozialdemokrat fiel durch in Duisburg-Mülheim-Oberhausen, deshalb war es nötig, das Volk aufzuheben... Diese alten sozialdemokratischen Schlaumeier, die Zähne zerbeißen und wüßten, was sie wollten. Sie wollten die Unzufriedenheit und Erbitterung des Volkes, um auf diese Weise ihre Firma zu verbessern und den Sue wieder ins Parlament zu bekommen... Wir fragen das polnische Volk in der Fremde, ob es sich das gefallen läßt, daß mit so blutigen Kosten, mit dem Blute und den Kräften polnischer Familien und mit Millionen polnischer Geldes die Befriedigung der sozialdemokratischen Führer erkauft werden soll?“

Zu diesem Artikel, wegen dem der Redakteur des „Narodowice“ am 17. März 1913 von der Bochumer Strafkammer zu 20 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt wurde, bemerkte die „Essener Volkszeitung“ u. a.:

„Da hat es die polnische Bergarbeiterschaft aus dem Munde der eigenen Landsleute, wie sie von der sozialdemokratischen Verbandsleitung betrogen und verraten worden ist, wie die Polen gleichsam als „Kanonensfutter“ für die politischen Sonderinteressen der sozialdemokratischen Partei mißbraucht wurden. Um die Aufmerksamkeit von diesem Substanz abzulenkten, vollführt die Sozialdemokratie, wirksam verbunden vom „Warus Polski“ in Bochum, ein ganz gemeinsames Geschimpfe gegen die katholische Geistlichkeit, weil diese in wohlmeinendster Absicht die polnischen Bergarbeiter gewarnt hat, an dem selbst inszenierten Streik sich zu beteiligen. Die Lüge und Betrug zu suchen ist, wo Arbeitererrat statt-

gefunden hat, das lehrte dieser polnische Strohseiler. Die Sozialdemokratie war es, welche in der allerunterwürdigsten Weise mit den Interessen der Bergleute ihr trübseliges Spiel trieben, um damit ihre politischen Geschäfte zu treiben. Diese volksverräterische Gesellschaft list auf der Anklagebank, und sie wird der wohlverdienten Strafe nicht entgehen. Das tausendfältige Unglück, das der von ihr beeinflußte alte Verband über so viele Familien gebracht, schreit nach Rache.“

In diesen Artikeln wird also behauptet:

1. Die Führer unseres Verbandes hätten sich von englischen Besenbesitzern bestechen lassen, um in deren Interesse den Streik anzuzetteln.
2. Die Verbandsführer hätten öffentlich aufgefordert, weiter zu streiken, heimlich aber, hinter dem Rücken der anderen Verbände, seien Arbeitskarten ausgestellt und den Verbandsmitgliedern befohlen worden, zur Arbeit zu gehen, um den Erfolg des Streiks zu vereiteln und Sue wieder ins Parlament zu bringen.
3. Der Streik sei nicht aus wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Gründen im Interesse der Bergarbeiter geführt worden, sondern nur, um die politischen Geschäfte der Sozialdemokratie zu besorgen, ihre Wahlniederlagen im Wahlkreise Bochum und Duisburg-Mülheim-Oberhausen zu rächen; die Bergleute sollten nur als Kanonensfutter für die sozialdemokratische Partei und deren englische Freundschaft dienen.

Für diese schweren Beschuldigungen konnte Herr Hankamer auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen. Es erging ihm genau so, wie am 19. Dezember 1906 am Schöffengericht in Essen, wo er beweisen sollte, daß die Verbandsleitung 20 000 Mark von den für die streikenden Bergarbeiter gesammelten Geldern nach Ruhland geschickt habe, und nicht das Interesse der Bergarbeiter, sondern nur das sozialdemokratische Parteiinteresse vertrete. Hankamer entging damals einer Verurteilung nur, weil ihm der Schulz des § 193 St. G. B. zugebilligt wurde. In dem Urteil war gesagt:

„Dem Angeklagten ist es in keiner Weise gelungen, für seine Behauptungen den angeforderten Beweis der Wahrheit zu erbringen und hätte er in Strafe genommen werden müssen, wenn ihm nicht der § 193 des Strafgesetzbuches zugebilligt hätte werden müssen.“

Auch diesmal erklärte Herr Hankamer zu Beginn der Verhandlung sehr selbstbewußt, er trete für alles den Wahrheitsbeweis an. Sein Verteidiger, Dr. Bell, hielt es dagegen für ratsamer, zu erklären, für den Vorwurf der Bestechung könne kein Wahrheitsbeweis angetreten werden. Der übrige Beweis solle geführt werden durch die Vorlage einer Arbeitskarte und das Zeugnis der Abg. Zimbusch, Giesberts und Brüst.

Herr Hermann Zimbusch, der als erster Zeuge vernommen wurde, wußte nur vom Hörensagen von den angeblich massenhaft ausgestellten Arbeitskarten, konnte auch keinen einzigen Fall angeben, wo eine in voller Arbeitskraft befindliches Verbandsmitglied eine solche Karte erhalten hat. Auf Befragen durch Sachse muß Zimbusch zugeben, daß entsprechend den getroffenen Vereinbarungen auch beim Streik 1905 ähnliche Karten ausgegeben wurden. Zimbusch gibt auf Befragen durch Rechtsanwält Dr. Herzfeld Vertreter unseres Verbandsvorstandes) auch zu, daß der Besenverband sich in seinem Antwortschreiben für unzulässig in Lohnfragen erklärt habe. Dr. Bell meint, daß der Streik deshalb kopf- und sinnlos gewesen sei, weil die Grubenbesitzer für den 1. April Lohnerhöhung in Aussicht gestellt hätten. Derselben Ansicht ist selbstverständlich auch Zimbusch. Der Vorsitzende, Amtsrichter Kobbé, bemerkt demgegenüber, daß das nicht dazu berechtigt, Leuten, die darüber anderer Meinung waren, kopf- und sinnlos handeln vorzuwerfen; auch er könne nicht einsehen, wie man aus dem Antwortschreiben des Besenverbandes auf die erhobenen Forderungen, die Zulassung einer Lohnerhöhung herauslesen könne. Zimbusch erinnert sich auch nicht, daß von Gewerksvereinsseite erklärt worden ist, wenn die Engländer einmal streikten, sei es auch für die Ruhrbergarbeiter Zeit. Sachse hält ihm darauf das Protokoll der Vorstandskonferenz vom 12. Oktober 1911 vor, woraus sich das ergibt und wonach auch der Redakteur Heinrich Zimbusch (Bruder des Zeugen) erklärt hat:

„Daß mal ein großer Kampf im Ruhrgebiet kommen muß, glauben auch wir, denn wir halten die Unternehmer nicht für so gutmütige Leute, daß sie die Lage der Arbeiter ohne Kampf verbessern werden.“

Sachse hielt Zimbusch weiter vor, daß der Gewerksverein in Oberschlesien im Oktober 1912 eine Lohnbewegung habe einleiten wollen und jetzt auch den Streik mitgemacht habe, obwohl dort nur höchstens 20 Prozent der Arbeiter organisiert waren, während im Ruhrgebiet mindestens 60 Prozent organisiert gewesen seien. Zimbusch antwortete ausweichend, das lasse sich nicht vergleichen, fügte aber hinzu: „Da haben wir nicht angefangen und wir sind da auch schwächer.“ Zimbusch ist auch der „Auffassung“, daß der Streik aus politischen Gründen inszeniert wurde, muß aber auf Vorhalt von Dr. Herzfeld zugeben, daß Sue in der Vorstandskonferenz am 12. Oktober 1911 beantragt habe, die Lohnbewegung bis nach der Reichstagswahl zu vertagen, um sie nicht mit politischen Leidensjahren zu belasten und zu hemmen. Die „Auffassung“ von Zimbusch und Genossen hängt danach völlig in der Luft. Selbst der Vorsitzende, Amtsrichter Kobbé, meinte, Auffassungen und Meinungen seien doch keine Beweise, damit könne man nichts anfangen.

Zimbusch gibt auch zu, daß die von den drei Verbänden erhobenen Forderungen berechtigt waren, und sagt ferner: „Wenn der „Christliche“ Gewerksverein die Lohnbewegung im Ruhrgebiet mitgemacht hätte, wäre der Streik nicht notwendig gewesen.“

Diese Auffassung des Herrn Zimbusch stimmt überein mit der des „Bergknappen“, welcher in Nr. 10 vom 8. März 1913 schrieb:

„Auf einen Streik der gesamten Bergarbeiter hätte man es nicht ankommen lassen.“

Ohne Streik wären danach die Forderungen bewilligt worden, wenn der Gewerksverein die Lohnbewegung mitgemacht hätte. Man muß also annehmen, daß der Gewerksverein nur deshalb die Lohnbewegung nicht mitgemacht hat, um ein Entgegenkommen der Grubenbesitzer zu vereiteln, die anderen Verbände in den Streik zu treiben und sie zu zertrümmern. Und dieser Plan war von langer Zeit vorbereitet, hat doch Heinrich Zimbusch schon am 15. September 1910 in einer Versammlung in Freisenbruch gesagt:

„Wir werden in Zukunft die Beherrscher des Ruhrgebiets sein!“

Um Beherrscher des Ruhrgebiets werden zu können, mußten Zimbusch und Genossen selbstverständlich die anderen Verbände erst zertrümmern und dazu schien ihnen der günstige Moment im vorigen Jahre gekommen. Damit erklärt sich ihre sonst unverständliche Taktik.

Auch Herr Giesberts konnte nur Empfindungen, Auffassungen und Meinungen, aber keine Tatsachen beibringen. Er sagte, in einer Besprechung mit einigen Vorkämpfern habe er gehört, daß der Verband hinterlistig Arbeitskarten ausgestellt habe, wor es aber gesagt habe, wisse er nicht. Gewerkschaftliche Gründe könnten für die Inszenierung des Streiks nicht maßgebend gewesen sein, weil der Gewerksverein seine Beteiligung abgelehnt habe. Unberechtigt sei der Streik gewesen, weil die Grubenbesitzer bereits Lohnerhöhung zugesichert hätten. Auf Vorhalt von Sachse muß Giesberts aber zugeben, daß der Besenverband sich für unzulässig in Lohnfragen erklärt und Sachse in der Konferenz beim Minister schon eine ganze Anzahl abschlägiger Antworten von Besenverwaltungen vorgelegt habe. Weiter in die Enge getrieben, erklärte Herr Giesberts schließlich, der Streikbeschluss habe gegen alle gewerkschaftlichen Regeln verstößen, weil der Besenverband und der Minister Entgegenkommen gezeigt hätten. Die Löhne seien aus geliegen, die Bergarbeiter aber durch den Streik schwer geschädigt worden. Als Sachse bemerkte: „Aber nur durch das Verhalten des Gewerksvereins!“ brachen Hankamer und Dr. Bell in den Freudenruf aus: „Das wollten wir nur hören!“ Hankamer und Dr. Bell waren also erfreut, daß Sachse bestätigte: Nur durch das Verhalten des Gewerksvereins sind die Bergarbeiter beim Streik schwer geschädigt worden!

Auf die Frage des Vorsitzenden, worin denn der Verstoß gegen die gewerkschaftlichen Regeln bestehen solle, erwiderte Giesberts, daß die Kündigung nicht eingehalten worden sei. Als Sachse Giesberts die „driftliche“ Kündigungsformdie im Saargebiet vorherrschte, sagte dieser, der Streik sei gemacht worden, um zu erreichen, was durch den Beschmelzungsummel nach 1905 nicht erreicht worden sei. Giesberts gab auf Vorhalt von Sachse schließlich auch zu, daß man über die Taktik verschiedener Meinungen sein könne. Der Vorsitzende schloß die Vernehmung Giesberts mit dem Bemerkten:

„Empfindungen, Auffassungen und Meinungen sind keine Beweise, als solche können nur Tatsachen dienen. Tatsachen sind aber von den Zeugen noch nicht bekundet worden.“

Gusemann bekundet als Zeuge, daß auf Grund der in der gemeinsamen Konferenz am 10. März 1912 in Herne getroffenen Vereinbarungen, nur an Invaliden Arbeitskarten ausgegeben wurden, die für die Kohlengewinnung und Förderung garricht in Betracht kommen. Es seien zusammen noch keine 100 Arbeitskarten ausgegeben worden. Das sei mit Kenntnis der Verbündeten zu Beginn des Streiks geschehen und nicht erst, wie behauptet worden sei, als die Grubenbesitzer mit Einhaltung der Kontraktstrafe drohten. Die Polen hätten sich für ihren Bedarf sogar Muster dieser Arbeitskarten vom Verband geben lassen. Ferner bekundete Gusemann, daß der Streik nur aus wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen, nicht aus politischen Gründen, geführt worden sei. Als der Streikbeschluss am 10. März in Herne gefaßt wurde, lagen die abschlägigen Antworten der Besenverwaltungen auf die von den Arbeiteraus-schüssen eingebrachten Forderungen schon vor. Uns waren eine ganze Anzahl dieser abschlägigen Antworten schon tags zuvor telefonisch mitgeteilt worden und in der Konferenz berichteten die Arbeiterausschüsse, daß bindende Zugeständnisse nicht gemacht wurden. Hätten die Besenverwaltungen Entgegenkommen gezeigt, wäre der Streik vermieden worden.

Als Herr Hankamer und Dr. Bell ihre Felle bößig fort-schwimmen läßen, behaupteten sie, der Streik sei deshalb frivol und kopflos gewesen, weil nicht genug Geld dagewesen sei. Dabei suchten sie gemeinsam mit Herrn Giesberts und Zimbusch die Sache so darzustellen, als ob der Verband vom Ablauf der ersten Streikwoche mindestens 200 000 Streikende zu unterstützen gehabt hätte, wozu nach ihrer Berechnung etwa 50 Mill. Mark nötig gewesen wären, da man mit einer Streikdauer von 6 bis 8 Wochen hätte rechnen müssen. Sachse hielt dem entgegen, wie der Gewerksverein denn an einen Streik im Saar-gebiet hätte denken können, wobei 50 000 Bergarbeiter in Betracht gekommen wären, da doch sein Vermögen nur etwa 2 Mill. Mark betrage. Auf diesen Einwand fanden die Herren keine plausible Antwort.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Der Zeuge Zimbusch hat vorgin behauptet, der Streik hätte nicht beschlossen werden dürfen, weil nicht genügend Geldmittel zur Unterstützung aller Streikenden vorhanden war. Weiter hat der Zeuge erklärt, der Dreißend hätte abwarten müssen, ob die Löhne ab 1. April 1912 erhöht würden und hätte sich herausgestellt, daß das nicht der Fall war, dann würde der Gewerksverein den Streik mitgemacht

haben. Wo wäre dann aber in den wenigen Wochen das Geld zur Unterstützung der Streikenden hergekommen?

Auf diese allerdings wichtige Frage war Imbush noch weniger gefaßt, und so entschloß ich mich das Geständnis: „Wenn der christliche Gewerbeverein die Lohnbewegung im Ruhrgebiet mitgemacht hätte, wäre der Streik nicht notwendig gewesen“, was er nachher, allerdings vergeblich, zu bestritten suchte. Herr Giesberts mußte schließlich ebenfalls zugeben:

„Es kann Situationen geben, wo der Streik in wenigen Tagen gewonnen werden kann.“

Mit unterdrücktem dieses Geständnis mit der Bemerkung: „Das war im März 1912 der Fall!“

Unser Kamerad Otto Hue bekundet dann als Zeuge unter seinem Eid:

Wer behauptet, der Märzstreik 1912 sei nicht aus sachlichen und gewerkschaftlichen, sondern aus parteipolitischen Gründen geschehen worden, der sagt objektiv mindestens die Unwahrheit.

Der Streik 1912 war nicht das Ergebnis einer plötzlichen Bewegung, sondern der Schlußakt einer Lohnbewegung, die schon im Jahre 1910 eingesetzt hat. Damals haben wir vom Verband der Bergarbeiter aus an die anderen Vorstände, den Gewerbeverein „christlichen“ Bergarbeiter, an die Hirsch-Dunderschen und die Polen eine Einladung ergelien lassen zur Besprechung einer eventuellen Lohnbewegung. Damals wurden die Wöhne außerordentlich gedrückt und es sollte versucht werden, dieser Lohnrückdrückerei entgegenzutreten. Auf diese Einladung gab uns der Gewerbevereinsvorstand eine ablehnende Antwort. Dann erhielten wir im Jahre 1911 vom Vorstand des Gewerbevereins der Bergarbeiter S. D. eine Einladung zu einer Besprechung über die Lohnfrage. Diese Konferenz fand am 12. Oktober 1911 in Oberhausen statt und war von allen Verbänden, auch vom „christlichen“ Gewerbeverein, besetzt. Dort haben wir uns stundenlang besprochen über das Für und Wider einer Lohnbewegung. Es wurde eine Resolution angenommen, die zum Ausdruck brachte, daß eine Lohnhöhung notwendig und durchführbar sei. Der Vorstand des Gewerbevereins S. D. wurde von Herrn Imbush gefragt, was er sich eigentlich dachte, wenn eine Lohnhöhung gemacht würde und es käme eine ablehnende Antwort. Ich habe mich damals auf den Standpunkt gestellt, den Herr Imbush vertrat, wenn wir eine Lohnhöhung machen, dann werden wir auch mit der Tatsache eines Lohnkampfes rechnen müssen, denn wie wir die Unternehmer kennen, werden sie, wenn nicht ganz besondere Umstände eintreten, die Lohnhöhung ablehnen. Also wir waren uns in dieser Beziehung klar, daß es ohne Kampf nach Lage der damaligen Situation nicht abging. Einzig und allein der Vorstand des Gewerbevereins S. D. vertrat die Ansicht, daß die Unternehmer einen anderen Standpunkt einnehmen würden. Wegen dieser ihrer angenehmen Auffassung von der Unternehmerrückdrückerei wurden die Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins gerade von Herrn Imbush verhöhnt, welcher den Standpunkt vertrat, daß die Unternehmer nicht bewilligen würden, sondern daß wir mit einem Kampf rechnen müßten. Dann wurde von einer sofortigen Lohnhöhung Abschied genommen und zwar spielte sich das so ab: Damals waren die Krisolswirren. Dann waren auch die Markt- und Absatzverhältnisse nach allgemeiner Auffassung noch nicht so, daß man mit Aussicht auf Erfolg einen Lohnkampf einleiten konnte. Dann habe ich mit Rücksicht darauf, daß man uns schon im Jahre 1910 vorwarf, die Lohnbewegung sei nicht gewerkschaftlicher Natur, sondern sei aus parteipolitischen Motiven inszeniert, beantragt, die weiteren Schritte bis nach der Reichstagswahl zu vertagen, um die ganze Bewegung frei zu halten von irgendwelchen parteipolitischen Streitigkeiten. Das wurde auch angenommen. Ich möchte also ausdrücklich feststellen: Auf meinen Antrag hin ist beschlossen worden, die Bewegung bis nach der Reichstagswahl zu vertagen.

Ich war am 4. Oktober desselben Jahres in Southport auf der Generalversammlung des englischen Bergarbeiterverbandes. Dieser hatte schon seit einigen Jahren die Frage des Mindestlohnes erwogen. Es wurde beschlossen, einen Antrag auf Einführung des Mindestlohnes zu stellen und wenn dieser abgelehnt würde, sollte in einen Generalstreik eingetreten werden. Ueber diesen Kongreß habe ich berichtet. Auch nach der persönlichen Meinung englischer Bergarbeiterführer habe ich die bestimmte Erwartung ausgesprochen, es würde in England zu einem Generalstreik kommen und dann wären doch die Chancen einer Lohnbewegung für uns sehr gut. Da erklärte Imbush, er glaube nicht daran, die Engländer hätten wohl schon viele Worte gemacht, aber Taten hätten sie vermissen lassen. Daraus geht hervor, daß Herr Imbush selber den Streik in England als einen günstigen Moment für die erwartete Lohnbewegung in Deutschland ansah. Herr Effert erklärte, einstweilen sei von einer Lohnbewegung abzusehen, wenn die Engländer in den Generalstreik träten, dann würde natürlich unsere Situation verbessert, dann

würde der Gewerbevereinsvorstand auch einen anderen Beschluß fassen. Herr Effert stand auf dem Standpunkt, wenn in England der Streik ausbricht, ist es für uns Zeit, ein Standpunkt, den man als gewerkschaftskundiger Mann verstehen kann.

Nachdem die Reichstagswahlen vorüber waren, ist wieder eine Einladung ergelien an die Vorstände, und zwar vom Gewerbeverein S. D. Wenn Herr Schmidt hier wäre, würde er sagen, nicht das mindeste haben wir vom Verband aus dazu beizutragen, um Schmidt zu der Einladung zu der betreffenden Konferenz zu veranlassen. Am 5. Februar fand die neue Vorstandskonferenz statt, an welcher zwei Vertreter des Gewerbevereinsvorstandes, Imbush und Steger, teilnahmen. Ich konnte nicht von Anfang teilnehmen, sondern kam erst, als diese beiden Herren weggegangen waren. Was da vorging, kann wohl Herr Büssemann ausführlicher darlegen. Ich kann nur sagen, daß mir die Polen und Hirsch-Dunderschen gesagt haben, die „Christlichen“ machen nicht mit, sie sagen, die Werkspresse habe geschrieben, daß die Besenorganisation in Beratungen eingetreten wäre über eine Lohnhöhung, um den Anträgen der Arbeiterorganisationen zuvor zu kommen. Das hätten die Vertreter des Gewerbevereins zum Vorwand genommen, um zu erklären, sie machten die Lohnbewegung nicht mit. Nun hat aber diese Notiz am 2. Februar in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gestanden. Am 3. Februar hat dagegen in der „Kölnischen Ztg.“ von zuständiger Stelle eine Erklärung gestanden, wonach an der Weiterleitung, daß die Besen eine Lohnhöhung bewilligen, kein wichtiges Wort sei. Dasselbe schrieb auch die „Gelsenkirchener Ztg.“ auf Grund einer Anfrage beim Bergbauischen Verein. Was blieb denn da anderes übrig, als entscheidende Schritte zu unternehmen? Die drei Verbände haben dann die bekannte Lohnhöhe an den Besenverband gemacht. In den drei Verbänden waren drei verschiedene politische Richtungen vertreten, die sich noch bei der kurz vorher stattgefundenen Reichstagswahl heftig bekämpft hatten. Daraus geht schon für jeden hervor, daß von einer parteipolitischen Sache keine Rede sein kann. Es ist nun gesagt worden, auch in der Zeitung, wir hätten es zu einem Kampf treiben wollen, uns jeder vernünftigen Regelung verschlossen. Als wir die Eingabe an den Besenverband gerichtet hatten, erschien in der „Essener Volkszeitung“ ein Artikel, nach meiner Erinnerung aus der Zentrale des „christlichen“ Gewerbevereins, worin der Dreibund geradezu verhöhnt wird wegen der milden Sprache, in der die Lohnhöhe abgefaßt war. Wir wurden förmlich als Verräter bezeichnet.

Auf die Forderungen kam eine ablehnende Antwort, wie wir das vorausgesehen hatten und wie es auch Herr Imbush 1911 vorausgesehen hatte. Dann wurden Eingaben beschloffen an die einzelnen Besenverwaltungen, um auf diese Weise etwas zu erreichen. Am 10. März sollte die gemeinsame Revierkonferenz aller Verbände stattfinden. Am Donnerstag, den 7. März, haben wir uns in einer Konferenz mit dem Staatssekretär und auch anderen Regierungsvertretern beraten. Herr Giesberts wie auch Herr Behrens erklärten dort, unsere Forderungen wären durchaus berechtigt. Nun fragt es sich, wie sollen sie durchgeführt werden? Wer einigermaßen Blick hat für wirtschaftliche Vorgänge, der kann doch unmöglich heute noch behaupten, daß die Konjunktur voriges Jahr schlecht gewesen sei. Ueber die Stärke der Organisationen usw. wurde weniger geredet, es handelte sich vielmehr um die Frage: Was soll geschehen, um einen Streik zu verhindern? Wir haben den Herrn Staatssekretär dringend gebeten, er solle seinen Einfluß ausüben, damit es zwischen uns und den Besenvertretern zu Verhandlungen käme. Bei dieser Erörterung hatten auch Herr Giesberts und Herr Behrens mitgewirkt. Die Arbeitervertreter, die da waren, hatten allgemein die Ueberzeugung: Wenn es zu Verhandlungen kommt, werden wir die Sache schießen! Aber Herr Delbrück und auch die anderen Vertreter der Regierung waren nicht in der Lage, irgendwelche Zusagen bezüglich der Verhandlung zu machen. Herr Delbrück erklärte gleich zu Anfang der Verhandlung, er habe nur zur Information geladen. Schließlich aber, als gar nichts herauszukommen schien, habe ich den Herrn Staatssekretär gebeten, er solle doch wenigstens seinen Einfluß geltend machen, daß die Besenbesitzer mit den Ausschüssen verhandeln. Ich sagte etwa wörtlich: „Wenn es den Arbeiterausschüssen gelingt, einiges bewilligt zu bekommen, wenn auch nicht volle, sondern teilweise Zusagen gemacht würden, würden wir alles tun, den Streik zu verhindern.“ Es ist sehr charakteristisch, wie die Streikgeschichte in der Presse behandelt worden ist. Dort wird gesagt, Herr Delbrück habe seine Vermittlung angeboten. Wir hätten die Vermittlung Delbrücks abgelehnt und wir hätten frivolo den Streik inszeniert. Ich wiederhole nochmals, Herr Delbrück hat uns keine Zusagen in Bezug auf seine Vermittlung gemacht. Er hat sich nur bereit erklärt nach langem Drängen, einen Bergwerkskommissar herunterzuschicken. Was der tun sollte, in welcher Weise der informiert wurde, darüber ist gar keine Rede gewesen.

Wir haben Herrn Delbrück gebeten, er möchte noch am selben Abend einen Bergwerkskommissar schicken. Es wäre dann möglich, daß am Freitag bzw. Samstag die Arbeiterausschüsse sich einfinden und es könnte zu einem guten Resultat vielleicht doch noch kommen. Daraus ergibt sich, daß wir, die Vertreter des Bergarbeiterverbandes und auch die Polen und Hirsch-Dunderschen, alles daran setzten, um diesen uns doch wahrhaftig nicht willkommenen Kampf zu verhindern.

Noch mehr! Wir kennen die Unternehmer, wissen, wie empfindlich sie sind über jeden Eingriff von unberechtigter Seite. Dazu rechnen die Grubenbesitzer auch die Regierungsvertreter. So ist es erklärlich, daß ich in der Konferenz, nachdem schon ein allgemeiner Bericht aufgesetzt war, sagte, ich würde raten, daß gar nichts in die Presse kommt. Wenn bekannt würde, daß der Staatssekretär sich irgendwie bereit erklärt hätte, von Regierungsseite etwas zu machen, dann würde das von Unternehmerseite als unberechtigter Eingriff angesehen. Dann hat man auf meinen Vorschlag hin es unterlassen, von der Konferenz einen Bericht herauszugeben, lediglich nur zu dem Zweck, um die sich anbahnende Vermittlung nicht zu stören. Wer bezweifelt dann unter Erstanen, als mir am anderen Morgen im „Berliner Lokalanzeiger“ ausführlich den Bericht über diese Konferenz lasen! Der Beschluß, nichts zu veröffentlichen, war mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit der Grubenbesitzer gefaßt, und derjenige oder diejenigen, die den Bericht dann trotzdem nach Kenntnis dieser Vorgänge in die Presse brachten, hatten gar keinen anderen Zweck, als es zum Äußersten zu treiben. Die Regierung hat uns offiziell erklären lassen durch den Unterstaatssekretär, daß sie der Veröffentlichung im „Lokalanzeiger“ fern steht. Wir haben es nicht hereingebracht, der polnische Vertreter und die Hirsch-Dunderschen auch nicht. Es kann nur hereingebracht sein von Herrn Behrens oder Herrn Giesberts.

Herrn Giesberts muß es auch bekannt sein, daß auf Anfrage von Sosinski und Behrens, ob denn die fiskalische Bergverwaltung nicht bereit sei, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen, der Herr Oberbergshauptmann v. Welsen zunächst geschwiegen und erst auf die wiederholte Frage ablehnend geantwortet hat. Es war bei dieser ablehnenden Haltung der fiskalischen Bergverwaltung erst recht nicht anzunehmen, daß die Privatgrubenbesitzer Entgegenkommen zeigen würden.

Am 10. März fand dann die gemeinsame Konferenz in Herne statt. Es ist da zunächst Bericht entgegengenommen von den Arbeiterausschüssen. Am Samstag waren eine Anzahl Arbeiterausschüsse in Verhandlung getreten und diese Ausschüsse berichteten fast alle, daß nichts bewilligt sei, daß man gesagt habe, sie seien nicht berechtigt oder sie sollten nach Hause gehen, und daraufhin ist dann mit 507 gegen 72 Stimmen der Streik beschlossen worden. Bei dieser Abstimmung haben sich viel mehr Leute aus dem Hirsch-Dunderschen Verband und unserem Verband, die in dem südlichen Teil wohnen, gegen den Streik erklärt, während die Polen von ihren Leuten ganz bestimmt behaupteten, sie hätten einstimmig für den Streik gestimmt. In dieser Konferenz sind die Schwierigkeiten der Lage dargelegt worden. Es hat bei uns noch keine Konferenz vor einer so schwerwiegenden Entscheidung gestanden, wo so leidenschaftslos die Situation beurteilt wurde, wie in Herne. Dann hat der Streik am anderen Tage angefangen.

Vorsichtiger: Es wird nun behauptet, Sie hätten von vornherein die Ueberzeugung haben müssen, daß Sie den Streik nicht durchführen konnten, weil die Mittel dazu gefehlt haben.

Hue: Wenn wir die Ausschüsse des Streiks vom vorigen Jahre beurteilen wollen, dann müssen wir sagen, es ist noch nie ein Bergarbeiterstreik unter so günstigen Umständen begonnen worden wie dieser. Wir müßten zunächst mal rechnen, daß die vier Verbände zusammengingen. So eine Bewegung läßt sich nicht von heute auf morgen machen und infolgedessen müssen auch Vorbereitungen getroffen werden. Aber erst am 5. Februar erklärte der Gewerbevereinsvorstand, daß er nicht mitmache. Wir haben es 1905 genau so erlebt, da haben sie auch bis zum letzten Augenblick gewartet und dann doch noch mitgemacht. In der Nummer vom 23. Dezember 1911 des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften“ hat Herr Imbush, der in der Konferenz am 12. Oktober war, zudem einen Artikel geschrieben, der durchaus vermuten ließ, daß die Gewerbevereinsführung zu einem Kampf, nachdem die Ablehnung der erhobenen Forderungen erfolgt, bereit sei.

So kamen wir auch zu folgendem Ergebnis: 1905 waren von der Gesamtbelegschaft 35 bis 40 Prozent organisiert, in den Rassen der vier Gewerkschaften befanden sich vielleicht 900 000 Mark. Dann war 1905 die Konjunktur noch nicht gut, sondern allmählich fing der Druck an zu weichen. 1912 lagen die Organisationsverhältnisse folgendermaßen: Erstens mal waren die Mitglieder der Verbände gesunkener wie damals, dann waren nicht 35 bis 40 Prozent, sondern 55 bis 60 Prozent organisiert, außer-

Die Erfindung der Dampfmaschine.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

Mit Kondensator und Luftpumpe ausgerüstet, war zwar eine bedeutende und wirtschaftliche Verbesserung der Maschine erzielt, dennoch aber war diese nach wie vor eine atmosphärische Maschine wie diejenige Newcomens und war auch jetzt noch mit mancherlei Mängeln wie diese behaftet. Noch immer war der Dampf nicht die eigentliche treibende Kraft der Maschine, noch immer spielte er nur eine Nebenrolle zur Erzeugung eines luftleeren Raumes zwecks Wirkstammung des Luftdruckes, der auch jetzt noch die eigentliche treibende Kraft der Maschine war. Die Mängel, die bei einer solchen Maschine nicht zu umgehen sind, bestehen darin, daß einerseits das Eindringen der Luft in den Zylinder beim Niedergange des Kolbens immer wieder eine Abkühlung des Zylinders bewirkt, die immer noch erhebliche Dampfverluste im Gefolge hat, andererseits aber auch der Luftdruck als treibende Kraft zu sehr großen Abmessungen der Maschine nötigt, sofern diese eine größere Leistungsfähigkeit erhalten soll, da der Luftdruck eine Kraft von unabsehlicher Größe darstellt. Um auch diese Mängel und Fehler zu beheben, kam Watt auf die Idee, von dem Luftdruck gänzlich abzugehen und die Spannkraft des Dampfes, die bis dahin lediglich zur Erzeugung eines luftleeren Raumes gedient hat, gleichzeitig auch als Triebkraft der Maschine zu benutzen. Die Ausführung dieser Idee gelang ihm in ganz anderer Weise, und zwar durch Konstruktion eines völlig neuen Zylinders für die Maschine. Zunächst war dieser Zylinder (Fig. 2) im Gegensatz zu dem offenen Zylinder der Newcomenschen Maschine an beiden Seiten geschlossen, wobei die Kolbenstange durch eine in dem Deckel des Zylinders angebrachte und mit einer Stopfbüchse versehene Oeffnung ging. Dieser Zylinder hängt durch die kurzen Querrohre E und F mit dem langen Rohr B zusammen, dessen oberes Ende C mit dem Dampfzylinder, das untere Ende D mit dem Kondensator in Verbindung steht. Bei G, H und I befinden sich in dem Rohre Ventile. Befindet sich der Kolben nun in seiner obersten Stellung, wobei gleichzeitig die Ventile G und H geöffnet, das Ventil I aber geschlossen ist, so tritt durch das Rohr C Dampf aus dem Zylinder in den Zylinder oberhalb des Kolbens, während gleichzeitig der unterhalb des Kolbens befindliche Dampf in den Kondensator entweicht. Infolge dessen drückt der Dampf oberhalb des Kolbens herab seine Spannkraft der Kolben herunter bis nahe zum Boden des Zylinders. In das Geschehen, so schließen sich die Ventile G und H, während Ventil I geöffnet wird. Der Zylinder ist jetzt sowohl von dem Dampfzylinder wie von dem Kondensator abgeperlt; dagegen liegen die beiden Räume oberhalb und unterhalb des Kolbens mittels des Rohres B jetzt miteinander in Verbindung, so daß auf beiden Seiten des Kolbens der gleiche Dampfdruck herrscht.

ziehen. Ist das geschehen, so schließt sich das Ventil I wieder, während G und H sich öffnen und das Kolbenpiel von neuem beginnen kann. Das Öffnen und Schließen der verschiedenen Ventile geschieht hierbei selbsttätig durch entsprechend angebrachte Hebel und Stangen.

Mit der Umwandlung der Maschine war jetzt der Dampf zur alleinigen treibenden Kraft, war die atmosphärische Maschine erst zur wirklichen Dampfmaschine geworden, die sich der alten Newcomenschen Maschine an Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit um etwa das Dreifache überlegen erwies. Für diese so weit vervollkommnete Maschine suchte Watt nunmehr ein Patent nach, das ihm auch bewilligt wurde. In der Patentschrift vom 27. April 1769, vielleicht dem wichtigsten Dokument für die Geschichte der Technik, sagte er die bis dahin von ihm gemachten Verbesserungen und Erfindungen zusammen unter der Bezeichnung: „Neu erfundene Methode zur Verminderung von Dampf und Brennstoff in Feuermaschinen“, gewiss eine beachtenswerte Kennzeichnung für seine hervorragenden Leistungen. Im Jahre 1774 verband er sich mit dem Fabrikanten und Kapitalisten Boulton zur Ausbeutung seiner Erfindungen durch Gründung einer Maschinenfabrik in dem Orte Soho. Obwohl Watts Patent bereits i. J. 1775 abgelassen wäre und die englische Patentgesetzgebung eine Verlängerung des Patentes eigentlich nicht zuließ, entschloß sich das englische Parlament, in Anerkennung und Würdigung der ungeheuren Bedeutung der Erfindungen Watts für das gesamte industrielle des Landes, für Watt dennoch eine Verlängerung des Patentes bis zum Jahre 1800. Nun konnte sich der geniale Erfinder in Ruhe der geschäftlichen Ausbeutung seiner Erfindungen widmen. Zusammen mit Boulton richtete er eine Fabrik für den Bau von Dampfmaschinen ein. Die Wattischen Maschinen wiesen nur etwa ein Viertel des Dampf- und Kohlenverbrauches der alten Newcomenschen Maschine auf und fanden mit dieser enormen Ueberlegenheit rasch und allgemein Eingang in der gesamten Bergindustrie Englands. Um die Einführung der neuen Maschinen zu erleichtern, gewannen die Unternehmer den Gebrauch der Vergütung, die Maschine zu mieten, wobei als Mietgebühr ein Drittel des Betrages der Kohlenersparnis, die die Wattische Maschine erzielte, vereinbart wurde. Die erzielte Brennstoffersparnis wurde durch ein an der Maschine angebrachtes Zählwerk festgestellt. In dieser Weise hatte ein einziges Kohlenbergwerk in Chacewater, das drei Dampfmaschinen von Watt gemietet hatte, jährlich die Summe von etwa 30 000 Mark Mietgebühr zu zahlen, so daß hier die gesamte Ersparnis an Brennmaterial nicht weniger als 150 000 Mark pro Jahr betrug, ein Betrag, welcher deutlich erkennen läßt, wie ungleich überlegen die Wattische Maschine gegenüber der Newcomenschen war, welchen Fortschritt sie gegenüber dieser bedeutete, zugleich welche ansehnlichen Gewinne Watt aus seinem

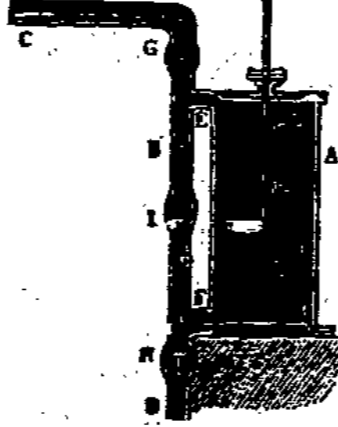


Fig. 3. Wats einseitig wirkender Dampfzylinder.

Werte zog. Für den Erfinder und sein Land trug die Maschine in gleicher Weise reiche Früchte. Welche verhältnismäßig hohe Stufe der technischen Entwicklung die Wattische Maschine der damaligen Konstruktions bereits repräsentierte, geht wohl am besten daraus hervor, daß einige Maschinen dieser Konstruktions noch bis vor kurzem in englischen Bergwerken in Betrieb waren.

Für den Bergbau bzw. für die Zwecke der Wasserförderung war somit die Wattische Maschine bei dieser Stufe ihrer Entwicklung bereits die trefflich geeignete Arbeitsmaschine geworden, die für diesen Zweck kaum noch einen prinzipiellen konstruktiven Umgestaltung bedürftig hätte. Nicht jedoch war das Fall für andere als die erwähnten Arbeitszwecke bzw. für die Arbeitszwecke anderer Industriezweige, in denen es sich nicht um die Förderung von Wasser, sondern vor allem um den Antrieb von Werksmaschinen handelt. Das war besonders in der Textilindustrie der Fall, in welcher die großen textiltchnischen Erfindungen, wie die der Spinn- und Webmaschinen usw., gemacht worden waren und die sich daher in reger Entwicklung befanden. Diese und ebenso noch zahlreiche andere Industriezweige verlangten ebenfalls nach einer leistungsfähigen Kraftmaschine zum Antrieb ihrer Werksmaschinen. Für diese Zwecke aber war die Wattische Maschine der damaligen Konstruktions noch nicht geeignet. In erster Linie deswegen, weil der Antrieb von Werksmaschinen immer eine rotierende (drehende) Bewegung seitens der Kraftmaschine bzw. desjenigen Organs von ihr fordert, das die Kraft zu übertragen bestimmt ist, wie wir es ja auch bei den heutigen Maschinenanlagen sehen, wo die rotierende Bewegung der Welle der Dampfmaschine durch eine Nientransmission auf die Werksmaschinen übertragen wird und diese so in Bewegung und in Betrieb setzt. Eine solche rotierende Bewegung war aber bei der Wattischen Maschine damaliger Konstruktions noch nicht vorhanden, vielmehr erzeugte bei dieser der auf- und niedergehende Kolben wiederum nur eine auf- und niedergehende Bewegung des Balancier, die zwar genügt, um eine Wasserpumpe zu treiben, für den Antrieb einer Spinn- oder sonstigen Werksmaschine aber ungeeignet war. Von dieser Seite wurde Watt, nebegeleitet, seine Maschine auch für die Zwecke aller anderen Industriezweige ungeeignet. Anfanglich irraute sich Watt gegen diese Forderungen infolge einer gewissen Scheu vor den Schwierigkeiten jenes Unternehmens, eine Eigenschaft, die sich selbstfamerweise mit den großen Geistesriesen jener Epoche verbindet, die sich des jenseitigen Namens gepaart findet. Schließlich aber entschloß er sich, die Lösung des neuen technischen Problems in die Hand zu nehmen, besonders auch angeregt durch seinen Begleiter Boulton, der mit der Lösung des Problems, mit der Schaffung einer für die allgemeine Industrie geeigneten Dampfmaschine, das Abjaktgebiet für diese sich ungeheuer erweitern ließ.

Die hin- und hergehende Bewegung des Balancier konnte, so folgerte Watt, durch Anwendung einer einfachen Kurbel, die an den Balancier angegeschlossen wurde, sehr leicht in eine rotierende Bewegung umgewandelt werden. Das verlangte aber eine tief eingreifende Änderung der inneren Konstruktions und Triebweise der ganzen Maschine.

dem war in den Klassen der erwähnten Verbände zusammen ein Vermögen von 6 bis 7 Millionen und die Konjunktur eine sehr günstige. Es waren in finanzieller Hinsicht sowohl wie in anderer die Verhältnisse bedeutend besser wie 1905.

Worin besteht: Und waren aber trotzdem die 6 bis 7 Millionen genügend?

Sue: Nun kam aber das wichtigste für uns hinzu: Am 1. Februar hatten die englischen Bergarbeiter ihre Kündigung eingereicht und es stand fest, daß am 1. März der Bergarbeiterstreik in England ausbrach. Wir haben 1905 erlebt, daß damals Kohlen von England kamen. Das fiel nun weg. Der Streik in England, wie auch Herr Effert sagte, war uns mindestens 30 Prozent Organisierten und 30 Prozent Klassenbestand wert. Ich habe in der Konferenz gesagt: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß bei der Situation (großer Streik in England) starke Ansprache an den deutschen Kohlenmarkt gestellt werden. Wenn in dieser Situation die vier Organisationen zusammengegangen wären, dann hätte es keines Streiks bedurft. Das ist meine feste Überzeugung. Es ist interessant, daß Herr Stegerwald (auch der „Bergknappe“, Nr. 10 vom 8. März 1912. Die Red.) genau dieselbe Auffassung vertreten hat. Unter den Umständen, wie sie damals waren, war die Gelegenheit zum ersten Male nach meiner Überzeugung gekommen, daß die Unternehmer ohne Streik bewilligten. Erst als die Erklärung erfolgte, daß die Gewervereinstellung nicht mitmachte, da war die Sache für die Unternehmer nicht mehr brenzlich. Sie konnten sich auf genügend Arbeitswillige verlassen und da waren die Verhältnisse bedeutend günstiger für sie. Wer die gewerkschaftlichen Regeln kennt und weiß, wie solche Bewegungen sorgfältig vorbereitet werden müssen, wird anerkennen, daß wir am 5. Februar gar nicht mehr anders konnten, obgleich die Gewervereinstellung sagte, sie mache nicht mit. Wollten wir nicht das Vertrauen der Arbeiter vollständig verlieren, durften wir uns nicht zurückziehen. Wir haben unsere Kente zusammenberufen, uns mit den Polen und Sirsch-Dunderschen beraten. Alle kamen zu der Überzeugung: Es geht nicht anders, wir sind so weit gekommen, wir müssen es wagen!

Giesberts: Ich habe weder mit dem „Vollanzeiger“, noch mit dem Berichterstatter mündlich oder schriftlich in Verbindung gestanden. Ich habe diesen Artikel noch nicht gelesen.

Sue: Tatsache ist, daß an der Konferenz außer den Regierungsvorstellern, die aber ausbleiben, weil die Regierung öffentlich erklären ließ, daß sie der Veröffentlichung fern stehe, teilgenommen haben Schaf, Robert Schmidt und Sofinski. Von allen diesen ist es ausgeschlossen, daß sie ein Interesse daran gehabt haben, diese Verhandlung in die Öffentlichkeit zu bringen. Was liegt da näher als anzunehmen, daß direkt oder indirekt Herr Giesberts oder Herr Behrens diese Geschichte lanciert hat. Mag uns Herr Giesberts eine andere Vermutung doch mal plausibel machen. Wenn Giesberts erklärt, er habe es nicht getan, dann bleibt Herr Behrens übrig. Ich habe diese ganze Sache nur deswegen vorgebracht, weil uns in dem Artikel der Vorwurf gemacht wird, wir hätten in frivolster Weise den Streik eingeleitet. Dieser Vorgang beweist aber gerade, daß wir es vermeiden, die Empfindlichkeit der Unternehmer wachzurufen. Während der Vernehmung Gues ereignete sich ein charakteristischer Zwischenfall. Herr Hankamer stürzte plötzlich an den Zeigertisch und rief mit beschwörenden Gebärden:

„Als Vorstandsmittel der Zentrumsparlei muß ich meinen Freund, den Herrn Zentrumsabgeordneten Giesberts, gegen die Unterstellungen und Angriffe des Herrn Sue in Schutz nehmen. Ich kann es nicht dulden, daß Giesberts von Sue derart angegriffen wird.“

Giesberts, der wohl fühlte, welches Armutszeugnis ihm von Hankamer ausgestellt wurde, wehrte mit verzweifelter Handbewegungen ab, aber umsonst.

Worin besteht: Angeklagter, Sie haben hier niemand in Schutz zu nehmen, das ist Sache des Gerichts, ich verbitte mir das.

Damit war die Beweisaufnahme geschlossen, Brust wurde nicht vernommen. In seinem Wädhyer suchte Herr Dr. Bell mit mehr Eifer als Geschick die verlorene Position zu retten. In der Hauptsache beschränkte er sich darauf, nachzuweisen, daß Hankamer unter dem Schutz des § 193 in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Herr Dr. Herzfeld erwiderte in sehr freier Weise.

Das Gericht erklärte den Wahrheitsbeweis in allen Punkten für mißlungen. Von einer Zubilligung des § 193 St. G. B. könne keine Rede sein. Herr Hankamer habe weder als Vorstandsmittel der Zentrumsparlei, noch als Redakteur noch als Freund des Herrn Giesberts so handeln dürfen, wie er getan. Die Form der Beleidigung gehe über die Grenze des Erlaubten. Das Gericht habe in den in zwei Nummern der „Essener Volkszeitung“ enthaltenen beleidigenden Artikeln zwei Handlungen erblickt und für jede auf 50 Mark, insgesamt also auf 100 Mark Geldstrafe erkannt. Den Klägern wird, dem Antrag ihres Verteidigers gemäß, die Publikationsbefugnis auf Kosten Hankamers in der „Essener Volkszeitung“, der „Essener Arbeiter-Zeitung“, im „Bergknappen“ und in der „Bergarbeiter-Zeitung“ zugesprochen.

Damit ist endlich die Wahrheit über den Märzstreik 1912 gerichtlich festgestellt. Die „christlichen“ Streiklegenden sind gründlich zerstört. In unseren Kameraden liegt es jetzt, den „christlichen“ Bergleuten über den gerichtlich festgestellten Verrat ihrer „Führer“ die Augen zu öffnen und alles daranzusetzen, damit wir bald wieder schlagfertig auf dem Kampfplan erscheinen können und uns dann ein so schimpflicher Bruderverrat wie beim Märzstreik 1912 erspart bleibt.

Berichte der Bergbehörden.

Nach den Berichten der Bergbehörden für 1912 ist die Zahl der Gesamtbelegschaft im preussischen Bergbau gegen 1911 gestiegen um 25.461, von 786.021 auf 811.482. Die Zahl der Arbeiterinnen ist um 48, von 10.022 auf 10.070 gestiegen; davon entfallen auf den Oberbergamtsbezirk Breslau 9006 (i. B. 9018), Halle 818 (799), Bonn 226 (192), Clausthal 18 (12), Dortmund 5 (1). Es ist bezeichnend, daß in Oberschlesien, dem Lande der allerfrömmsten Grubenkapitalisten, die billigere weibliche Arbeitskraft am meisten ausgebeutet wird.

Die Zahl der jugendlichen Arbeiter von 14—16 Jahren betrug 27.574; im Vorjahre 26.107, unter 14 Jahren 49, im Vorjahre 35; davon gehörten 491 im Vorjahre 449 dem weiblichen Geschlecht an. Nicht nur die Zahl der Kinder unter 14 Jahren, sondern auch die der jugendlichen Arbeiterinnen ist danach gestiegen. Das ist tief beschämend!

Nach der amtlichen Lohnstatistik betrug der Lohn im Durchschnitt pro Schicht in Mark:

	1907	1912	1907	1912	1907	1912
	für die Gesamtbelegschaft		für die weiblichen Arbeiter		für die jugendlichen Arbeiter	
Außergebiet	4,87	5,03	—	—	1,38	1,42
Oberschlesien	3,48	3,64	1,24	1,26	1,16	1,22
Niederschlesien	3,27	3,44	1,60	1,61	1,19	1,32
Saarrevier	4,02	4,22	—	—	1,37	1,42
Nachener Revier	4,64	4,87	—	—	1,57	1,57
Haller Braunkohlenrevier	3,60	3,78	1,89	2,14	1,73	1,87
Mansfelder Erzbergbau	3,58	3,82	—	—	1,43	1,55
Oberharzer Erzbergbau	2,77	3,30	—	—	1,05	1,24
Haller Salzbergbau	3,95	4,34	1,66	2,15	1,28	1,54
Clausthaler Salzbergbau	4,09	4,42	1,80	2,32	1,37	1,58

Danach sind die Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft gegen 1907 nur gestiegen im Ruhrgebiet um 17 Pf. gleich 8,5 Prozent, in Oberschlesien um 16 Pf. gleich 4,6 Prozent, in Niederschlesien um 17 Pf. gleich 5,2 Prozent, im Saarrevier um 20 Pf. gleich 5 Prozent, im Nachener Revier um 23 Pf. gleich 5 Prozent, im Haller Braunkohlenrevier um 18 Pf. gleich 5 Prozent, im Mansfelder Erzbergbau um 20 Pf. gleich 8,2 Prozent, im Oberharzer Erzbergbau um 58 Pf. gleich 19,1 Proz., im Haller Salzbergbau um 39 Pf. gleich 9,8 Prozent, im Clausthaler Salzbergbau um 33 Pf. gleich 8 Prozent. Im Durchschnitt stieg der Lohn der Gesamtbelegschaft in den angeführten zehn Revieren gegen 1907 von 3,82 Mk. auf 4,08 Mk. oder um 26 Pf. gleich 6,8 Prozent. Die Lebenshaltung hat sich aber in derselben Zeit um mindestens 20 Prozent verteuert, so daß die Durchschnittslöhne der Gesamtbelegschaft noch um etwa 14 Proz. hinter der Verteuerung der Lebensmittel, Gebrauchsartikel usw. gegen 1907 zurückstehen.

Noch schlechter aber steht es mit den Löhnen der weiblichen und jugendlichen Arbeiter; nennenswert sind die Löhne der weiblichen Arbeiter nur gestiegen im Haller und Clausthaler Salzbergbau, am niedrigsten aber stehen sie in Oberschlesien, dem gelobten Lande des Merikalen Hochadels, wo sie gegen 1907 nur um 4 Pf. gleich 3,2 Prozent gestiegen sind. Die Löhne der jugendlichen Arbeiter in den angeführten zehn Revieren sind im Durchschnitt gegen 1907 nur gestiegen von 1,35 Mk. auf 1,50 Mk. oder um 15 Pf. gleich 11,1 Prozent. Die Löhne der weiblichen und jugendlichen Arbeiter sind nicht nur absolut unzureichend, sondern sind auch nicht den Verhältnissen entsprechend gestiegen.

Es gibt in Preußen fünf Oberbergamtsbezirke, welche in 69 Bergreviere eingeteilt sind. Davon entfallen auf den Oberbergamtsbezirk Breslau 12, Halle 11, Clausthal 6, Dortmund 19 und Bonn 21 Bergreviere. Die Zahl der Revisionen betrug:

Oberbergamtsbezirk	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Breslau	5.313	5.725	5.555	5.929	6.236	6.641
Halle	8.211	8.845	4.880	4.168	4.845	4.488
Clausthal	828	887	1.070	1.320	1.267	1.509
Dortmund	24.014	23.616	21.863	21.745	23.198	23.478
Bonn	6.150	6.709	6.382	6.765	6.940	6.723
Summa	39.548	40.282	39.630	39.925	42.470	42.871

Die Zahl der Gesamtbelegschaft im preussischen Bergbau betrug 1907: 654.223, 1908: 706.818, 1909: 723.669, 1910: 727.704, 1911: 786.021, 1912: 811.482; die Belegschaftsziffer ist danach ununterbrochen gestiegen und war 1912: 105.619 gleich 16,1 Prozent höher wie 1907. Von einer eigentlichen Krise im Bergbau kann da wohl nicht gut geredet werden, trotzdem wurden die Löhne rücksichtslos reduziert, so daß den Bergarbeitern allein im preussischen Bergbau dadurch Verluste von über 191 Mill. Mark entstanden.

Während die Gesamtbelegschaft um 105.619 gleich 16,1 Prozent stieg, stieg die Zahl der Revisionen nur um 3128 gleich 7,9 Prozent. Die Belegschaftsziffer ist danach prozentual mehr als doppelt so stark gestiegen, wie die Zahl der Revisionen. Die Verhältnisse im Bergbau haben sich aber nicht gebessert, die Antreiberei ist im Gegenteil schlimmer geworden und die Unfälle haben sich stark vermehrt. So betrug die Zahl der Unfälle 1907: 92.455, 1908: 103.977, 1909: 109.489, 1910: 111.641, 1911: 114.689; die Unfälle sind danach gegen 1907 gestiegen um 22.214 gleich 24 Prozent. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der Revisionen nur um 2930 gleich 7,4 Prozent; die Unfälle sind danach prozentual mehr als dreimal so stark gestiegen, wie die Zahl der Revisionen. Schon daraus ergibt sich, daß die Grubenkontrolle ihren steigenden Aufgaben nicht gewachsen sein kann.

Aber auf die Zahl der Revisionen kommt es nicht einmal so sehr an, wie auf die Art, wie revidiert und was festgestellt wird. Darüber enthalten die Berichte jedoch leider sehr wenig und was sie enthalten, ist nicht geeignet, ein objektives Bild über die Verhältnisse zu gewinnen. Uns ist jedoch bekannt, daß die Revisionen sehr oft, wenn nicht immer vorher angemeldet werden; jedenfalls sind die Zeichen vorher orientiert, wann der revidierende Beamte kommt. Eine solche Kontrolle kann aber ihren Zweck nicht erfüllen.

Wenn ein Nichtkenner der Verhältnisse die Berichte der Bergbehörden studiert, muß er zu der Ansicht kommen, für die Bergarbeiter sei alles sehr wohl bestellt. Und doch haben wir gesehen, daß nicht einmal die Löhne den Verhältnissen entsprechend gestiegen sind und die Entlohnung der Arbeiterinnen geradezu jämmerlich ist. Die Gesundheitsverhältnisse sind auch dementsprechend schlecht, in den Berichten aber werden sie als gut oder zufriedenstellend bezeichnet. So urteilen über die Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen:

Bergmeister Dahms (Nord-Gleiwitz): „Die Sittlichkeit und körperliche Entwicklung der Arbeiterinnen ist durch ihre Beschäftigung in wahrnehmbarer Weise nicht nachteilig beeinflusst worden.“

Bergat Hofmann (Süd-Beuthen): „Ein schädlicher Einfluss der Beschäftigung, an deren Art sich nichts geändert hat, auf die sittliche oder körperliche Entwicklung der Arbeiterinnen ist nicht beobachtet worden.“

Bergat Werne (Ost-Waldenburg): „Ein nachteiliger Einfluss auf die körperliche Entwicklung und das sittliche Leben der Arbeiterinnen ist aus der Art ihrer Beschäftigung nicht zu bejagen.“

Bergat Filner (Görlitz): „In der Art der Beschäftigung der Arbeiterinnen hat sich nichts geändert; auch ist ein schädlicher Einfluss der gewerblichen Tätigkeit auf die Sittlichkeit oder die körperliche Entwicklung der Arbeiterinnen nicht beobachtet worden.“

In derselben summarischen Weise wird auch über die Gesundheits- und Sittlichkeitsverhältnisse der jugendlichen Arbeiter berichtet. So urteilen:

Bergat Droßmann (Süd-Gleiwitz): „Ein nachteiliger Einfluss der Beschäftigung auf die Gesundheit oder die Sittlichkeit konnte nicht wahrgenommen werden.“

Bergat Hofmann (Süd-Beuthen): „Eine Gefährdung der Sittlichkeit oder der körperlichen Entwicklung war nicht zu beobachten.“

Bergat Fackel (Süd-Kattowitz): „Ein schädlicher Einfluss der Arbeitsart und Dauer auf die körperliche Entwicklung war ebensowenig wie früher bemerkbar.“

Bergat Werne (Ost-Waldenburg): „Besondere Wahrnehmungen über eine Schädigung der körperlichen Entwicklung und der sittlichen Erziehung durch die bergmännische Tätigkeit wurden nicht gemacht.“

Bergat Klose (Schmalkalden): „Bei den Revisionen konnte stets beobachtet werden, daß die jugendlichen Arbeiter bei der Art ihrer Beschäftigung sich körperlich gut entwickeln.“

Bergat Dohlestein (Nord-Bochum): „Die gewerbliche Arbeit hatte auf die körperliche Entwicklung und sittliche Erziehung der jugendlichen Arbeiter keinen schädigenden Einfluss.“

Bergat Schmidt (Gelsenkirchen): „Klagen über nachteilige Einwirkungen der Beschäftigung der Minderjährigen auf ihre körperliche und sittliche Entwicklung sind nicht bekannt geworden.“

Wer Gelegenheit hatte, die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter zu sehen und bei ihrer Tätigkeit zu beobachten, wird vorstehenden Urteilen nicht beipflichten. Die Anforderungen, die gestellt werden, sind recht groß, die Löhne stehen dazu meist in gar keinem Verhältnis und reichen zu einer guten Ernährung nicht aus. Eine große Anzahl Arbeiterinnen und jugendlicher

Arbeiter leiden an Unterernährung und die Arbeit überleigt oft ihre schwachen Kräfte. Darum sind auch sehr viele Bergleute bemitleidenswert, ihre Kinder anderen Berufen zuzuführen. So berichtet Bergat Richter (Görlitz): „Die Zahl der jugendlichen Arbeiter betrug 74 (88) oder 1,44 (1,87) Prozent der Gesamtbelegschaft. Sie hat sich zwar gegen das Vorjahr etwas gehoben, ist aber doch nicht auf den hohen Stand früherer Jahre gelangt, da die Bergleute ihren Nachwuchs viel seltener nicht dem Bergbau, sondern kleinen Beamtenberufen zuzuführen beabsichtigen.“

Warum sind die Bergleute bestrebt, ihren Nachwuchs dem Bergbau zu entziehen, wenn alles so gut und schön ist, wie es nach den Berichten den Anschein hat? Diese Frage wird leider nicht beantwortet!

Bergat Koepe (Oberhausen) berichtet, daß die Zahl der jugendlichen Arbeiter eine nicht unbedeutende Vermehrung erfahren habe und bemerkt dazu: „Für den jugendlichen Arbeiter selbst ist natürlich in Zeiten der Hochkonjunktur der hohe Lohn selbst ein starker Anreiz, sich sofort nach der Schulentlassung der Bergarbeit zu widmen.“ Bergat Koepe gibt aber dann selbst an, daß der „hohe Lohn“ der jugendlichen Arbeiter 1911: 1,38 Mk., 1912: 1,41 Mk. pro Schicht betrug, also nur um 3 Pf. gestiegen ist. Dieser Lohn reicht aber doch bei weitem nicht aus, einen jugendlichen Arbeiter ordentlich zu ernähren und zu kleiden, abgesehen von allem anderen. In den Augen eines preussischen Bergarbeiters aber ist das ein „hoher Lohn“! Da braucht man sich wirklich über nichts mehr zu wundern.

Was die Grubenkapitalisten alles tun, um die jugendlichen Arbeiter von ihren wirklichen Interessen abzulenken, erfahren wir aus dem Bericht des Bergrats Gabel (Duisburg). Darin heißt es:

„Zur Förderung der körperlichen Entwicklung dienen Turnvereine, zur Förderung der geistlichen Erziehung religiöse Junglings- und Knappenvereine, welche von einzelnen Werkverwaltungen mitunterhalten werden. Sportplätze und Turngeräte werden auch teilweise unentgeltlich zur Verfügung gestellt.“

Die Grubenkapitalisten sind gute Geschäftsleute. Sie unterhalten Turnvereine, Sportplätze, Turngeräte, religiöse Junglings- und Knappenvereine. Den jugendlichen Arbeitern aber zahlen sie Hungerlöhne von 1,41 Mk. Das Geschäft lohnt sich wirklich!

Der Bergarbeiterberuf ist außerordentlich schwer und gesundheitschädlich und hat folglich auch die höchsten Krankenzahlen. Nach den Berichten der Bergbehörden aber sind die Gesundheitsverhältnisse gut oder doch zufriedenstellend. So berichten:

Bergat Tschims (Nord-Gleiwitz): „Der Gesundheitszustand der Belegschaft war befriedigend; Epidemien kamen nicht vor.“

Bergat Hofmann (Süd-Beuthen): „Der Gesundheitszustand der Belegschaft war zufriedenstellend. Epidemien traten nicht auf.“

Bergat Meisch (Königsbühl): „Die gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiterbevölkerung des Reviers waren im allgemeinen zufriedenstellend und gaben zu besonderen Maßnahmen keinen Anlaß.“

Bergat Wendt (Tarnowitz): „Der Gesundheitszustand war zufriedenstellend. Masernerkrankungen kamen nicht vor.“

Bergat Bückerberg (Nord-Kattowitz): „Die gesundheitlichen Verhältnisse der Belegschaft waren zufriedenstellend; Masernerkrankungen kamen nicht vor.“

Bergat Fackel (Süd-Kattowitz): „Der Gesundheitszustand der Belegschaft war normal. Epidemien sind nicht aufgetreten.“

Bergmeister Bergat Triebel (Kattow): „Die gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiterbevölkerung sind im allgemeinen als befriedigend zu bezeichnen.“

Bergat Werne (Ost-Waldenburg): „Der Gesundheitszustand der Belegschaft war im allgemeinen gut. Krankheiten, die als Folge der Betriebsverhältnisse anzusehen sind, kamen nicht vor.“

Bergat Moser (West-Waldenburg): „Fälle von Anemkrankheit oder sonstigen epidemischen Krankheiten sind wiederum nicht zu verzeichnen.“

Bergat Filner (Görlitz): „Der Gesundheitszustand der Arbeiter war gut.“

Bergat Schulte (Frankfurt a. O.): „Gesundheitschädliche Einflüsse der Bergarbeit auf die Arbeiter konnten nicht festgestellt werden. Der Gesundheitszustand der Belegschaft war befriedigend.“

Bergat Eisfelder (Ost-Cottbus): „Ueber bemerkenswerte Erkrankungen der Arbeiter ist nichts bekannt geworden.“

Bergat Richter II (West-Cottbus): „Ueber bemerkenswerte Erkrankungen der Arbeiter ist nichts zur amtlichen Kenntnis gelangt.“

Bergat Gertner (Ost-Salle): „Der Gesundheitszustand der Belegschaft war normal.“

Bergat Serlo (West-Salle): „Der Gesundheitszustand der Arbeiter war befriedigend.“

Bergat Erdmann (Zeib): „Der Gesundheitszustand der Arbeiter war zufriedenstellend.“

Bergat Schmieslau (Eisleben): „Der Gesundheitszustand der Belegschaft war zufriedenstellend und wies gegen den der übrigen Bevölkerung keinen Unterschied auf.“

Bergat Richter I (Nordhausen-Stolberg): „Die Gesundheitsverhältnisse können mit wenigen Ausnahmen als gut bezeichnet werden.“

Bergat Balz (Magdeburg): „Der Gesundheitszustand der Belegschaften war befriedigend. Epidemische Krankheiten sind nicht aufgetreten.“

Bergat Ernst (Halberstadt): „Der Gesundheitszustand der Arbeiter war gut. Besonders auf die Beschäftigung zurückführende Krankheitserscheinungen sind nicht beobachtet worden. Durch die Betriebsverhältnisse war ein die Gesundheit nicht schädigender Betrieb gewährleistet.“

Bergat Richter (Görlitz): „Der Gesundheitszustand der Belegschaften war im allgemeinen gut. Krankheiten, die als Folge der Betriebsverhältnisse anzusehen sind, kamen nicht vor.“

Bergat Most (Süd-Hannover): „Der Gesundheitszustand der Belegschaften war im allgemeinen zufriedenstellend. Epidemien traten nicht auf.“

Bergat Trauer (Zellerfeld): „Der Gesundheitszustand der Belegschaften war im allgemeinen normal.“

Bergat Klose (Schmalkalden): „Der Gesundheitszustand der Belegschaft war durchweg gut.“

Bergat Schaper (Dortmund I): „Der Gesundheitszustand der Belegschaften war befriedigend. Epidemische Erkrankungen sind nicht vorgekommen.“

Bergat Weber (Dortmund II): „Der Gesundheitszustand der Arbeiter war befriedigend. Es wurde kein einziger Fall von Wurmkrankheit ermittelt.“

Bergat Böwinkell (Dortmund III): „Der Gesundheitszustand der Belegschaften war befriedigend. Die Zahl der durch Feieren wegen Krankheit ausgefallenen Schichten betrug 306.209 (279.811). Eine Gesamtdurchnüsterung der Belegschaft der Zeche Adolf von Hansmann und eine 20prozentige Stichprobenerhebung auf Beche Borussia-Despel ergab, daß die Wurmkrankheit nahezu verloschen ist.“

Bergmeister Hofmann (Ost-Reddinghausen): „Der Gesundheitszustand der Belegschaft war normal.“

Bergat Fried (West-Reddinghausen): „Der Gesundheitszustand der Arbeiter war im allgemeinen zufriedenstellend. Bei

Warum wurde nun der Streik trotz aller Warnungen von der Polnischen Berufsvereinigung beschlossen? Es steht fest, daß Sosinski und seine getreuen oberösterreichischen Brüdern geglaubt haben, der Streik wäre in vier bis fünf Tagen abgetan, entweder durch Nachgeben des Unternehmers oder dadurch, daß die Bergarbeiter nicht länger standhalten und zur Arbeit zurückkehren würden! Unter diesen Voraussetzungen ist der Streik von der Polnischen Berufsvereinigung begonnen worden. Nur gewerkschaftliche Forderungen oder gemeine Verbrecher, die das Wohl und Wehe von über 100 000 Arbeitern nicht kümmern, können unter solchen Voraussetzungen einen Streik beschließen. In der Geschichte der Arbeiterkämpfe dürfte auch dieser verbrecherische Plan einzig dastehen.

Auch die Bochumer Beamten der Polnischen Berufsvereinigung, Manowski und Genossen, hielten den Streik für verflucht und verfehlt. Offen haben diese erklärt, daß er erst hätte in zwei bis drei Jahren kommen dürfen. Diese Jahre hätten zur Stärkung der Organisation und zur finanziellen Kräftigung der Berufsvereinigung benutzt werden müssen. Auch hielt es Manowski für falsch, daß die Berufsvereinigung die Bewegung allein inszeniert hat! Da aber der Vorstand der Bergarbeiterabteilung alles hat geschehen lassen, ist er für den Zusammenbruch mit verantwortlich. Auch im Verbreiten von Verleumdungen gegen unseren Verband haben Manowski und Genossen den oberösterreichischen Führern nichts nachgegeben.

In dem jetzt nach dem Streik verbreiteten Flugblatt heißt es u. a. nach: „Arbeitserfunde hatten die falsche Nachricht in die Welt gesetzt, daß für die Streikenden Millionen aus Frankreich, England, Amerika, Galizien usw. eingegangen wären.“ Und wer waren die Arbeitserfunde, die die Nachricht verbreiteten? Niemand anders als die Führer und Angestellten der Polnischen Berufsvereinigung! Der Flugblattschreiber nennt sie mit Recht Arbeitserfunde. Er ist natürlich mit eingebunden. Arbeitserfunde sind es, die so handeln, die so ihre eigenen Anhänger belügen und betrügen. Der Vorstand der Poln. Berufsvereinigung hat sich selbst an der Verbreitung dieser Nachricht beteiligt. Als die oberösterreichische Unternehmerpresse schrieb, daß die Nachrichten von den Millionen, die als Unterstützung aus dem Ausland für die Streikenden eingehen sollten, erlogen seien, da schrieb der Vorstand der P. B. V. in der polnischen Presse: „Wahrscheinlich ist es aber doch wahr! Im die oberösterreichischen Arbeiter aus ihrer Knechtschaft zu befreien, würden sich sogar die Chinesen herbeilassen und Sammlungen vornehmen.“ So schrieb der Vorstand der Poln. Berufsvereinigung! Warum wurde, als die Unternehmerpresse schrieb, es sei nicht wahr, daß Millionen eingehen, das nicht zugegeben? Warum, ihr Arbeitserfunde, schreibt ihr: „Wahrscheinlich ist es aber doch wahr!“? Warum habt ihr eure eigenen Anhänger belogen? Weil Lügen euer Geschäft ist!

In dem Flugblatt der Poln. Berufsvereinigung wird weiter auf die von ihr vorgenommene Sammlung eingegangen und zugegeben, daß die polnische Anteiligung die armen polnischen Arbeiter im Stich gelassen und sie nicht unterstützt hat. Das Flugblatt schreibt, es wären nur 7000 Mark eingegangen! Die polnische „Gazeta Ludowa“ hat aber doch schon über 10 000 Mark quittiert! Wer hat da wieder gelogen? Oder wer hat sich mit den 3500 Mark gefreuet? Herans mit der Sprache!

Dann wird in dem Flugblatt noch gesagt, daß der „sozialistische Verband“ die Unorganisierten nicht unterstützt habe. Der Bergarbeiterverband hat darüber von vornherein keinen Zweifel gelassen. Er hat von vornherein erklärt, daß er nur seine eigenen Mitglieder unterstützt und es nicht gemacht, wie die P. B. V. Berufsvereinigung und alle Welt belogen. Aber eine andere Frage: Was haben die Beamten der Berufsvereinigung für ihre streikenden Kameraden getan? Als im vergangenen Jahre im Ruhrrevier der große Streik ausgebrochen und die Masse des Bergarbeiterverbandes stark in Anspruch genommen wurde, haben die Angestellten unseres Verbandes sofort auf die Hälfte des Gehalts verzichtet. Was taten die Beamten der Berufsvereinigung? Sie haben während des ganzen Streiks ihre Anhänger belügen und belogen! Das war die Unterstützung für die armen Bergarbeiter!

Noch im Sterben wird gelogen. In dem Flugblatt der Berufsvereinigung wird nämlich von einem großen Erfolg des Streiks geschrieben. Demgegenüber erklären jetzt die Unternehmer in einem besonderen Flugblatt: „Die dummdreiste Verhöhnung, daß Lohnerschöpfung, verkürzte Arbeitszeit und andere Versprechungen bewilligt seien, ist nichts als Lug und Trug!“ Zu dem Unternehmerflugblatt, das überschrieben ist: „Ein Streik begonnen und geführt mit Lug und Trug und beendet mit Trug und Lug“, wird Herr Sosinski „König der Niederlagen“ genannt. Es ist bedauerlich, daß der Streik ohne jeden Erfolg ausging, aber es ist die Wahrheit. Bei keinem Streik ist soviel gelogen worden, wie bei diesem oberösterreichischen Streik.

Erhebend bei diesem Kampf war nur die Mühe und Standhaftigkeit der Arbeiter. Es ist tief bedauerlich, daß Arbeiter, die so bejammern drei Wochen lang ausgehalten haben, ein solches Streikende erleben mußten. Daß es so kam, daran sind ihre Führer schuld. Darum, Bergarbeiter und Kameraden polnischer Zunge, macht euch frei von dieser Lügenbrut! Euer Platz ist im Verbands der Bergarbeiter Deutschlands, der einzigen Organisation, die wirklich Bergarbeiterinteressen vertritt!

Die „christlichen“ Streikbruchführer über den Streik.

Auf dem gewerkschaftlichen Gebiete gibt es keine Freveltat und keine Dummheit mehr, die nicht von den „christlichen“ Streikbruchorganisatoren direkt eingeleitet und ausgeführt wird oder für die sie nicht das Urheberrecht für sich geltend machen. Beim Streik der oberösterreichischen Bergarbeiter, der entgegen allen gewerkschaftlichen Regeln eingeleitet und geführt wurde, glaubten wir, daß die „Christenführer“ ebensowenig beteiligt seien, als die anderen Gewerkschaften. Das ist jedoch nach der Haltung des „Bergknappen“ nicht der Fall und haben die Polen und „Christen“ diese Bewegung gemeinschaftlich eingeleitet, ohne die anderen Verbände zu fragen, nach deren Rat zu hören, haben gegen den Willen der anderen Organisationen den Streik beschlossen und sind für die schlimmen Folgen allein verantwortlich. In einem Artikel: „Der oberösterreichische Streik und die Bergarbeiterzeitung“ schreibt der „Bergknappe“ in seiner Nr. 20 vom 17. Mai:

„Sonderbarerweise beobachtet nun im oberösterreichischen Streik der alte Verband dieselbe Taktik, die er bei der geplanten gemeinsamen Lohnbewegung im Ruhrrevier einnehmen wollte. Sannemann, geh du voran, wir üben Solidarität“, so lautete die Parole des alten Verbandes.“

Einen solchen Vorwurf kann uns der „Bergknappe“ doch nur dann machen, wenn die „Christenführer“ die Streikbewegung aktiv mit eingeleitet, beschlossen und geführt haben, oder sie können als geschäftsmäßige Verleumder nicht aus ihrer Haut, müssen uns verleunden und verdächtigen um jeden Preis. Wir haben schon wiederholt dargelegt, daß wir und mit uns die anderen Verbände von den Polen ausgeschaltet waren, daß die Polen die Forderungen ohne uns eingereicht und schon am 16. März in Wien abgelehnt den Streik beschlossen haben, ohne uns vorher von ihrem Vorhaben mit einer Silbe in Kenntnis zu setzen. Das bestätigt auch „Der Bergarbeiter“ vom 17. Mai für den Hirsch-Dunderlichen Gewerksverein, indem er schreibt:

„Demgegenüber ist zu erklären, daß die Polnische Berufsvereinigung ganz allein für die Bewegung verantwortlich ist. Sie allein hat den Kampf beschlossen und sie allein hat ihn beendet. Und sie allein hat die Verantwortung zu tragen. Die anderen Organisationsparteien haben die Bewegung und den Kampf mitgemacht, die Verantwortung dafür aber abgelehnt. Und hat die Verantwortung der Bewegung nicht überlassen, wohl die große Beileidigung und die Mühe, die die Anwesen an den Tag legten. Das Ende dieser Bewegung, die auf einem Schwindelstufament aufgebaut war, konnte nicht überraschen, da eine der Hauptbedingungen fehlte, um den Kampf erfolgreich zu gestalten. Es waren nicht genügend Arbeiter organisiert und zudem nicht genügend Mittel vorhanden, um einen solchen Kampf durchzuführen zu können. Und über diese Redenken ist die Polnische Berufsvereinigung hinweggegangen, wohl erklärten ihre Führer in den gemeinsamen Sitzungen der Verbände, sie würden an Inorganisierte keine Unterstützung aus eigenen Mitteln zahlen, sie zogen aber nicht in Erwägung, daß diese dann auch nicht lange im Kampfe aushalten. Dabei beging die Heber und Vertrauensleute der Polnischen Berufsvereinigung die Unvorsichtigkeit, dieser großen Masse Unterstützung zu versprechen. Sie stellten ihnen samt und sonders Streikfahnen aus und daraus allein leisteten diese Leute schon ein Anrecht auf Unterstützung her. Obendrein ist ihnen aber auch direkt Unterstützung versprochen worden. Als diese Unterstützung nun aber außerordentlich knapp, bei der überhöhten Masse überhaupt ausfiel, geriet dieses Meer ins Wanken. Es konnte bei den habgierigen Schwindelgeiern nicht anders kommen. Wer eine solche Bewegung zum Erfolge bringen will, darf sie nicht mit Schwindelgeiern aufbringen.“

Der Kamerad Schmidt vom Hirsch-Dunderlichen Gewerksverein ist von Anbeginn bis zum Schluß der Bewegung im Streikrevier gewesen, hat die Stimmungen und alles mitgemacht, weiß aber auch nur, daß die Polen die Bewegung allein gemacht haben, daß der „polnische Sannemann“ selbst voran gegangen ist und die „Christen“ genau so zugeht sind, wie wir. Am 10. März, als unser Kamerad Köfller nach Oberösterreich kam, war schon das Flugblatt: „Proklamacja strejku generalnego na Gornym Slasku“ („Proklamations des Generalstreiks für Oberösterreich“) unter die Massen verteilt, ohne daß wir und Köfller davon eine Ahnung hatten. Erst auf seine Veranlassung sollten die anderen Verbände verständigt werden und das ist denn auch geschehen, bis auf die „Christen“, die nicht benachrichtigt zu werden brauchten? In dem Antwortschreiben des Vorstandes der Berliner Fachabteilung vom 20. März heißt es:

„Nach den geschichtlichen Vorgängen haben Sie (der Vorstand der Polnischen Berufsvereinigung) auch bei der von der Polnischen Berufsvereinigung eingeleiteten Lohnbewegung bisher nicht den geringsten Wert auf unsere Mitarbeit gesetzt, und vielmehr vor vollendete Tatsachen gestellt. Jetzt muten Sie und nun zu, alles, was Sie bis jetzt unternommen haben, und noch unternehmen werden, stillschweigend aufzugeben, und Ihren Streik nunmehr vorbehaltlos zu unterstützen. Diese Zumutung ist einer Organisation gegenüber, die auf Ehre und Selbstständigkeit hält, unzulässig. Ganz abgesehen davon, daß nach unserem Dafürhalten der von Ihnen eingeleitete Streik nur zum Nachteil der Arbeiter und zu einer schweren Schädigung des allgemeinen Wohles auszufallen muß.“

Die „Berliner“ waren ebenfalls der Meinung, daß der „polnische Sannemann“ allein vorangegangen ist, was auch das Hauptzentrumsblatt für Oberösterreich, der „Oberöst. Kurier“ in Nr. 108 vom 11. Mai feststellt. Das Zentrumsblatt widmet dem Streikfabrikanten einen längeren Artikel, in dem es heißt:

„Ein Beschluß der Polnischen Berufsvereinigung hat das Signal zum Streik gegeben, durch einen Beschluß der Polnischen Berufsvereinigung ist er auch beendet worden. Das muß ausdrücklich festgestellt werden, damit man weiß, wo die Schuldigen stehen, die den Zusammenbruch der ausrichtsvollen Bergarbeiterbewegung zu verantworten haben...“

Wir wollten die Polnische Berufsvereinigung des Arguments berauben, daß sie nach erfolgtem Streik, die Schuld an der Erfolglosigkeit anderen zuschieben konnte. Diese Nebenabsicht dürfte neben dem ausschlaggebenden Wunsch, Verbesserungen für die Arbeiter zu erzielen, auch die übrigen Organisationen geleitet haben. Die Polnische Berufsvereinigung kann sich nicht befeuern. Der von ihr begonnene Kampf ist nicht nur von allen Organisationen und von der in Frage kommenden Zentrumspresse unterstützt worden, sondern auch die Nichtorganisierten haben sich ihm in ungeheurer Zahl angeschlossen.

Trotzdem ist der Streik zusammengebrochen. Die Schuld daran trägt einzig und allein die Polnische Berufsvereinigung. Die Polnische Berufsvereinigung hat mit vollständig unzureichenden Mitteln den Kampf begonnen. Und gingen schon in den letzten Tagen Beschwerden zu über die vollständig unzulängliche Anzahlung von Streikunterstützungen seitens der Polnischen Berufsvereinigung. Wir haben sie, da doch eine Möglichkeit auf Erfolg bestand, verweigert, um diesen Erfolg nicht in Frage zu stellen und die Bewegung nicht im letzten entscheidenden Augenblicke zu stören. Heute, nachdem das Ende des Streiks beschlossen, nachdem der Streik wirtschaftlich erfolglos ausgegangen ist, haben wir keine Veranlassung mehr, mit unserm Urteil über den wahren Schuldigen zurückzuhalten. Die Polnische Berufsvereinigung hat einen großen Erfolg versprechenden wirtschaftlichen Kampf zugrunde gerichtet, weil sie die versprochenen Streikunterstützungen nicht auszahlte und so die Hoffnungen nicht erfüllte, mit denen sie die Arbeiter in den Kampf getrieben. Alle anderen Organisationen, insbesondere die christlichen Gewerkschaften haben ihre Verpflichtungen gegenüber den Streikenden restlos erfüllt. Leber die Art und Weise, wie die Polnische Berufsvereinigung die Öffentlichkeit und die Arbeiterschaft über die vorhandenen Mittel getäuscht hat, wird noch näher zu reden sein. Für heute sei nur noch einmal nachdrücklich festgestellt, daß es einzig und allein Schuld der Polnischen Berufsvereinigung ist, wenn die Bergarbeiter jetzt belügend, ohne wirtschaftlich etwas erreicht zu haben, in die Grube zurückkehren müssen.“

Das oberösterreichische Zentrumsblatt bestätigt nicht allein, daß die Polnische Berufsvereinigung den Streik allein begonnen hat, sondern daß alle anderen Verbände ihre Schuldigkeit getan haben und straft damit den „Bergknappen“ Lügen. In seiner Verleumdungsjagd drückt der „allerchristlichste“ „Bergknappe“ die von uns und selbst von den Polen widerlegte Notiz des „Gornoslask“ vom 23. April und den „Brief“ im „Warszawski“ vom 24. April ab, wonach unsere Mitglieder in Zabrze, Jabrze und Rausdorf nicht gestreikt hätten, obwohl die „Christenführer“ wissen, daß diese Blätter direkt gelogen haben. In Zabrze, Jabrze und Rausdorf sind mehr Verbandsmitglieder wegen Verletzung am Streik gemahregelt, als der „christliche“ Gewerksverein Mitglieder in ganz Ober- und Niederschlesien hat! Unsere Mitglieder haben geschlossen im Kampf ausgehalten bis zum letzten Tag, würden alle weiter gekämpft haben, wenn die Polnische Berufsvereinigung und der „christliche“ Gewerksverein den Streik nicht abgebrochen, wenn diese „tapferen Sannemann“ beim Ausstreichen nicht vorangegangen wären.

Um die „christliche“ Verleumdungsjagd zu stillen, drückt der „wahrheitsliebende“ „Bergknappe“ aus einem Flugblatt eine Stelle gegen Köfller ab, obwohl derselbe „Bergknappe“ in Nr. 19 vom 10. Mai dieses Flugblatt als Unternehmernachwerk bezeichnet und mitgeteilt hat, daß Köfller die ihm unterstellten Behauptungen als unwahr erklärt habe. Danach soll Köfller in einer Veranlassung in Siemianowik gesagt haben, unser Verband werde seinen Hengnis für die Polnische Berufsvereinigung hergeben. Nun hat in Siemianowik — dort sieht ein Stammschiff der Donnersmarkt, in dem heute Oswald Hilger residiert — noch nie eine Verammlung unseres Verbandes stattgefunden, mithin konnte Köfller auch nichts dergleichen dort gesagt haben und das weislich der Verfasser des „Bergknappen“-Artikels. Aber: Verleumden ist mein Geschäft!

In derselben Nummer schreibt der „Bergknappe“ bezüglich der Haltung der Berliner:

„Die Berliner“ Fachabteilungen haben den streikenden Bergarbeitern 10 000 Mk. die Woche an Streikunterstützung versprochen. Nun will „Der Berlin“ nur denjenigen die Streikunterstützung zahlen, die den Nachweis liefern, daß sie von den Streikenden ge-

nötigt oder durch Drohungen zum Streifen gezwungen wurden. Das hat unter den Mitgliedern der Fachabteilungen große Erregung verursacht. Um die Unterstützung zu erlangen, werden viele leichtsinnige Facharbeiter falsche Anschuldigungen gegen die Streikenden erheben, die schließlich noch zu Prozessen führen werden.“

Das schreiben dieselben Leute, die voriges Jahr beim Streik genau dasselbe von ihren Mitgliedern verlangt haben, und wenn sie anführen, daß „manche Facharbeiter falsche Anschuldigungen gegen Streikende erheben, die schließlich noch zu Prozessen führen“, so bestätigen sie damit nachträglich, daß die „christlichen“ Streikführer voriges Jahr falsche Anschuldigungen gegen die streikenden Ruhrbergleute erhoben haben. Am 27. April 1912 erließen die Streikbruchführer an der Spitze des „Bergknappen“ einen Aufruf an ihre Mitglieder, denen es wegen Mangel an genügendem Lohn oder aus anderen zwingenden Gründen unmöglich gewesen ist, zur Arbeit zu gehen, sich zu melden, denen sollte die Kontraktstrafe erlegt, die Unterstützung gezahlt werden. Noch deutlicher geht die Haltung der Streikbruchführer aus folgendem Brief hervor:

Zentralstelle des Gewerksvereins christl. Bergarbeiter Deutschlands, Berlin, Nr. 11. Offen-Mühlr, den 26. April 1912. Schützenbahn Nr. 62.

Herrn Peter Franz, Göttingen, Veg. Kreis.
 „Werter Kollege! Du teilst uns mit, daß das Mitglied Peter B... aus der Fachstelle Göttingen auf der Grube Werlenbach in Volhringen beschäftigt sei und zur Zeit des Streiks an 7 Tagen gewohnenmäßig habe mitstreiken müssen. Weiter Kollege, dafür muß und zunächst der Beweis erbracht werden. Unseres Wissens haben auf der Grube Werlenbach von 4000 Mann Beschäftigte nur 2000 gestreikt. Wir sind der Ansicht, daß wenn die Hälfte des Beschäftigten arbeiten ging, unsere Mitglieder ebenfalls keine Ursache zum Streifen hätten. Laut Status muß ja zu allem Streik vorher die Genehmigung des Hauptvorstandes eingeholt werden. Das ist aber in diesem Falle nicht geschehen und schied daher schon auf Grund unserer Satzung die Zahlung der Streikunterstützung aus. Sollte der Kamerad aber infolge Verdrüssung und Veräufung (leider der Sozialdemokraten nicht haben arbeiten können, so bitte ich dieses der Hauptgeschäftsstelle allerdings unter Angabe der Beweisgründe mitzuteilen. Wir werden beschließen, ob unter diesen Umständen dem Kameraden für die Zeit Unterstützung gewährt werden kann. Mit kameradschaftlichem Gruß!
 Der Hauptvorstand des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, Steiger.“

Der Brief trägt ferner noch folgende Randbemerkung:
 „Peter, Du mußt 2-3 Mann Namen angeben, daß Du wegen Aufruf auf dem Werlenweg nicht konntest zur Arbeit gehen.“
 „Wußt! Steffen!“

Die Berliner handeln genau so, wie die „Christlichen“ voriges Jahr gehandelt haben, und wenn die „Christlichen“ den Berlinern vorwerfen, ihre Mitglieder zu falschen Anschuldigungen zu erziehen, so werden sie sicherlich genau wissen, wie unzählige falsche Anschuldigungen die „christlichen“ Streikführer gegen unsere Mitglieder erhoben haben. Der „Bergknappe“ behauptet mit seinem Angriff auf die Berliner nur, daß Berlin wie M.-Gladbach Fachschulen für Lügner sind.

Vorsicht vor gelben Lockvögeln!

Im Bergbau hält die gute Konjunktur an. Die geschwollene Kohle wird flakt verkauft und erzielt einen Preis, wie niemals zuvor. Die Grubenbesitzer schmelzen im Übermaß ihres Ausbeutergeldes und kriechen erfreut die von einem Quartal zum anderen steigenden Löhnerhöhungen ein. Nur eines macht ihnen Sorge: der Arbeitermangel, denn die Bergarbeiterschaft ist derweil fast ausschließlich auf die Arbeit im Bergbau beschränkt. Mehr als hunderttausend Bergleute sind in den letzten Jahren aus dem Bergbau ausgeschieden und werden vorzeitig in die Welt hinausgeschickt. Auf diese Art sind in den letzten zwei Jahren Tausende von Russen, Polen, Ungarn und anderen Slaven über die deutschen Grenzen hereingekriecht worden, um für unsere gut abgeleiteten Kohlenarbeiter den „Schwitz der nationalen Arbeit“ zu demonstrieren. Aber das Zustand scheint auch schon ziemlich abgegraut zu sein, wie man den Klagen der Grubenbesitzer entnehmen kann. Die gute Geschäftslage ist auf ihrem Höhepunkt angelangt und wird über kurz oder lang einer Niedriggangperiode weichen müssen. Da wollen die Bergbesitzer schnell noch zusammenrücken, was irgend zu erreichen ist, gegen der Löhner: „Nach uns die Einfuhr!“ Zehntausende Bergarbeiter möchten sie gern noch einziehen, aber woher nehmen?

Gerade noch zur rechten Zeit ist den bedrängten Kohlenarbeitern ein Helfer in der Not erschienen. Es ist der Verbandssekretär der reicheren gelben Bergarbeitervereine in Niederschlesien, Edmund Fichtner in Ober-Waldenburg. Der Mann gehört zu den Leuchten im gelben Unternehmertum, er rangiert in einer Reihe mit Hauer, Wischniewski, Schönlund, Doh und Koniorer. Fichtner, der früher in Berlin wohnte, ist als Nachfolger des gelben Grubenbesitzers Waldenburger Revier gekommen und der heutige Ruhrbesitzer von dessen Benefizien. Derselben bestanden aus 5000 Mark Jahresgehalt und reichlichen Speise; diese wurden zum großen Teil direkt aus der Tasche der Waldenburger Grubenbesitzer bezahlt. Dieser Fichtner hat anscheinend die ganz richtige Auffassung von seinem Amt als reichster Sekretär. Er kriegt sein Geld von den schlesischen Bergbesitzern zwar in erster Linie dafür, daß er Streikführer heranzüchtet und die sozialdemokratische Bewegung bekämpft. Nebenbei aber soll er sich auf andere Art auch noch nützlich machen. Und weil jetzt eben die Bergbesitzer so schwer unter dem Arbeitermangel leiden müssen, so sagt sich Fichtner: „Der Grube erbarnt sich nicht nur seines Reiches, sondern auch seiner Wohlthäter.“ Also erhebt er in den Zeitungen ein Inserat, nach welchem Arbeiter für dauernde Beschäftigung gesucht werden. Ein Berliner Arbeiter, der durch dieses Inserat im „Berliner Postbote“ neuerig gemacht worden war, frag nach der „dauernden Arbeit“ an und erhielt folgende Auskunft:

Ober-Waldenburg, den 8. Mai 13.

Auf Ihre Werbung, welche Sie unter C. M. an mich richteten, teile ich Ihnen mit, daß auch für Sie Beschäftigung vorhanden ist. Der Ort ist Waldenburg und Umgebung, die Arbeit (Bergarbeit) ist durchaus dauernd. Der garantierte Lohn von 2,50 Mk. pro Schicht ist der niedrigste, welcher ausbezahlt wird. Falls Ihre Leistungen einigermassen entsprechend sind, werden Sie in verhältnismäßig kurzer Zeit 3 Mk. und darüber verdienen. Nach einigen Jahren werden Sie, falls Sie es wünschen, als Lehrhauer angenommen. Ihr Verdienst steigt dann, je nach Leistungen, bis zu 4,50 Mk. Reisegeld wird prinzipiell nicht vergütet. Für Unterkunftsräume und Kost wird hier gesorgt, allerdings auf Kosten der Arbeitnehmer. Ich werde am 9. Feiertag nach Berlin kommen und im „Sachsenburger Hof“, Unterbaumstr. 2, von 10-12 Uhr mit denen Rücksprache nehmen, welche sich für die Arbeit bereit finden. Die Reise erfolgt am 13. abends vom Schlesischen oder Sächsischen Bahnhof, so daß Sie bereits am Mittwoch früh den Ort und den Bergarbeiter vorfinden können, um am Donnerstag früh Ihre Arbeit anzutreten. Also ich lade zur mündlichen Rücksprache, Dienstag vormittag 10 Uhr, „Sachsenburger Hof“.

gez. Edmund Fichtner, Verbandssekretär.

„Da dankt der Vorkoch“, wird sich der Berliner Arbeiter geglaubt haben, als er das verlockende Angebot gelesen hat. Das wird ihm niemand verübeln können, und tatsächlich soll auch der Arbeitertransport am Abend des 13. Mai vom Schlesischen Bahnhof ab recht mager ausgefallen sein. Mit 2,50 und 3 Mk. Lohn muß ein Arbeiter hungern, das weiß jeder. Um zu hungern, braucht man aber nicht in die schlesischen Bergwerke zu fahren, das kann man in Berlin auch.

Nun ist es aber immerhin möglich, daß Herr Fichtner seine Lockungen wiederholt und daß doch in dieser oder jener Gegend Arbeiter auf sie hereinfallen. Das könnte vor allem solchen passieren, die aus dem Grunde dauernde Arbeit wünschen, weil sie öfters das Unglück der Arbeitslosigkeit zu kosten befürchten. Um solche Arbeiter vor Täuschungen zu bewahren, muß ihnen gesagt werden, daß der Begriff „dauernde Arbeit“ im Bergbau beileibe nicht möglich zu nehmen ist. Aus dem Schreiben des gelben Werbeagenten darf niemand schließen, daß auf den schlesischen Kohlengruben keine Ent-

lassungen vorkommen. Das wäre ein großer Irrtum! Die dortigen Grubenbesitzer sind genau wie ihre Kollegen in den anderen Revieren Scharfmacher vom reinsten Wasser. Sie wollen, bis auf wenige Ausnahmen, von Seitenstandpunkt hochhalten und bekämpfen darum die freie Arbeiterbewegung auf schärfste. Ihre Witz reicht hierbei nicht weiter, als daß sie Arbeiter, die für den Bergarbeiterverband bemerkbar tätig sind, entlassen. Sondern ist es so ergangen und Tausende sind, stillig sind, entlassen. Sondern ist es so ergangen und Tausende sind, stillig sind, entlassen. Sondern ist es so ergangen und Tausende sind, stillig sind, entlassen.

In welcher Lage die niederschlesischen Bergarbeiter sich befinden, wurde am 4. März 1913 im preussischen Abgeordnetenhaus wahrheitsgemäß festgestellt. Und zwar von keinem geringeren als dem freierwerblichen Abgeordneten der Waldenburger Bergarbeiter, Antons-Georg Krause. Er bezieht den Namen der schlesischen Arbeiter zu dem Zwecke auf, von der preussischen Regierung billigere Eisenbahnfrachten für die schlesische Kohle zu erreichen. Aber wahr bleibt es trotzdem, wenn er anführt:

„In der ersten Hälfte des Jahres 1912 verdiente der eigentliche Bergarbeiter unter Tage in Niederschlesien 3,08 Mk., in Oberschlesien 4,08 Mk., im Obergemütsbezirk Dortmund 5,74 Mk. Der niederschlesische Bergarbeiter ist also heute der bei weitem am schlechtesten bezahlte. Die notwendige Folge davon ist eine starke Abwanderung der Arbeiter. In den Jahren 1908 bis 1911 überstieg die Zahl der Abgewanderten die der Zugewanderten um 8531 Köpfe. ... Was sind die Folgen der ungenügenden Entlohnung unserer Köhne auf den Bergarbeiter selbst? Er ist nicht instande, seinem Körper diejenige Nahrung zuzuführen, die er braucht, er ist bei seinem schwachen, die Arbeiterkräfte angreifenden Verfall unbedeutend bedarf; er ist bei den heutigen Preisen nicht instande, sich das Quantum Fleisch, Gemüse usw. zu kaufen, das er unbedingt braucht, um sich kräftig zu erhalten.“

Wohlgemerkt, das sagte der parlamentarische Wortführer der niederschlesischen Bergarbeiter. Nur das eine darf dabei nicht übersehen werden: Herr Krause handelte im Auftrag jener Bergarbeiter selbst! Sie hatten angenommen, daß sich die Regierung durch die Eingriffe des Bergmannsvereins würde führen lassen und daß sie ihnen einen günstigeren Eisenbahntarif gewähren würde. Dessen Vorteile wären ihnen ganz angenehm gewesen und sie hätten schließlich sogar einen Bruchteil davon ihren Arbeitern zukommen lassen. Zugunsten hat die Regierung die Wünsche der niederschlesischen Grubenbesitzer abgelehnt — diese haben also ganz unsonst ihre Klagen vor der Deputiertenkammer entrichtet. Denn es ist unklar, daß die niedrigen Vergütungssätze eine notwendige Folge der dortigen Ab- und Verkehrsverhältnisse seien. Sie beruhen vielmehr auf dem Geldhunger der großen Bergbesitzer, die das Lohnniveau für eine schädliche und unbedeutsame Einschränkung ansehen. In anderen Dingen sind sie nicht so sparsam, da ist Geld in Hülle und Fülle vorhanden.

Da ist zum Beispiel der Fürst Pleß, der größte Werksbesitzer im niederschlesischen Kohlenrevier und einer der reichsten Männer Deutschlands. Das sieht man allerdings nicht an den Löhnen seiner Arbeiter, sondern an dem Aufwand, den er für sich selbst treibt. Das prächtige Schloss Fürstentum wurde vor einigen Jahren durch einen Blügel verschleiert, weil es für den Fürsten Hofhaltung nicht Raum genug bot. Der Bau kostete wegen seiner prachtvollen Ausführung Millionen. Das Salzbrunn gehört dem Fürsten fast ganz; es wirkt gewaltige Heberkräfte ab, da Herr Pleß mit dem Betriebskapital nicht zu sparen braucht. So wurde vor wenig Jahren nach den Plänen der Fürstin Pleß — einer Engländerin — ein neues Kurhaus errichtet, das 2 1/2 Millionen Markkosten verursachte. Die Kohlenruben, Koksereien, Ziegelmühle, Landwirtschafts- und Forstbetriebe werden sämtlich „rationell“, das heißt nach kapitalistischen Grundfätzen, bewirtschaftet. Daß die Durchläufe dabei nichts zubütern, „Artenzüchtung“ begünstigt und neue Betriebe errichtet. Aus dem Fortschritt allein konnte Fürst Pleß im Jahre 1909 einen Reingewinn von 2 022 883 Mk. einheimen. Das war absoluter Heberfuß, in den noch nicht mal die Tagelöhner einbezogen sind, von dem aber alle Untoten für Löhne, Wegekosten und Forstkultur abgerechnet sind. Geld wäre also genügend da, um das sogar vom preussischen Dreiklassenhaus zum Himmel schreiende Arbeiterelend in Niederschlesien zu bannen. Das Wohnungs- elend der Arbeiter ist riesengroß. Herr Krause stellte im Landtage fest, daß Familien von sieben, acht Köpfen in einem Zimmer und der sogenannten Küche zusammenwohnen. Fürst Pleß hinterläßt gelegentlich nach seiner Weise den Sommer; so wurde seinem gegenwärtigen Generalbevollmächtigten Keindorff bei seinem Dienstauftritt eine neu erbaute Villa überwiesen, die Hunderttausende gekostet hat. Zu ihr dürfte das Verhältnis umgekehrt liegen, wie in den Arbeiterwohnungen — auf den Kopf der Bewohner sieben bis acht Zimmer! Der Luxus des Hauses Pleß geht immer ins Große, er findet in der Geschichte höchstens Beispiele in den Zeiten Xeros und des französischen Sonnenkönigs.

Vor einiger Zeit besuchte das deutsche Kronprinzpaar und der Herzog von Weimarer, der Schwager der Fürstin Pleß, Schloss Fürstentum. Um den erwarteten Gedeihen der Angelpfort zu ermöglichen, ließ die Fürstin für 30 000 Mark Fische, besonders Forellen, in die Schloßteiche aussetzen. Die Tiere starben aber, weil Industrieabwässer in die Teiche mündeten. Mit enormen Kosten wurden hierauf die Fischteiche reguliert und die Teiche neu bebüffert, damit spätere Besuche dem „geistreichen“ Angelpfort huldigen können. Daneben hat Fürst Pleß auch noch etwas übrig für „praktische“ Zwecke. Er ist ein eifriger Protektor des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und hat für diesen schon Spenden von 10 000 Mark gesandt. Ebenso unterstützte er das „Neue Tageblatt“, bei dessen Gründung mit 26 000 Mark, wofür diese Zeitung nun einen schamlos geschäftigen Kampf gegen die Arbeiterpartei im Waldenburger Revier führt.

Günster auf der einen, wahrjüngliche Verschwendung auf der anderen Seite, das ist die Signatur des schlesischen Bergbaues. Und in dieses Paradies wollen gelbe Rodogel Arbeiter verschleppen, damit den Bergbauern das Kleingeld nicht alle wird. Allerdings, der Bergbau Niederschlesiens hat in seiner Gesamtheit unter dem Arbeitermangel zu leiden. Am schlimmsten aber seit Frühjahr 1912, wo eine von den Bergarbeitern eingeleitete Lohnbewegung ergebnislos abgebrochen werden mußte. Daß die Arbeiter keinen Erfolg erzielten, lag an der feigen Haltung der gelben und „christlich“ organisierten Arbeiter, welche sich von der Bewegung fernhielten. Sie wandten unter der Führung dieses selben Richters, der Berliner Arbeiter jetzt zumutet, für 250 Mk. pro Schicht Grubenarbeit zu verzichten! Die Kapitalstreue dieses Richters ging so weit, daß er beim Landrat von Waldenburg bereits um Militär und Gendarmen zum Schutze seiner gelben Garde bat, bevor noch an einen Streik gedacht werden konnte! Es war der Wille des Fürsten Pleß, der in den Grubenbesitzerkreisen mit der Ablehnung der Anknüpfung die Oberhand behielt, und Richter war der bestahlte Vorkämpfer dieses Willens. Bei ihm und dem Fürsten mögen sich die schlesischen Bergarbeiter bekämpfen, daß das Arbeitslohn jene Stellen des Elends meidet. Fürst Pleß und sein gelber Kommissar haben sich den Zugang ins Revier für abgewehrt — mögen sie zu sehen, wie ihr Geld fertig wird.

Seit einem Jahre haben die Streikführerorganisations im „Bergknappen“ die gemeinsamen Bestrebungen der Bergarbeiterverbände in die Welt gesetzt, als ob der Verband an den traurigen Zuständen in Niederschlesien die Schuld trüge. In unglaublich schamloser Demagogie wird immer wieder darauf hingewiesen, daß unter Verbandsvorsitzender Sachse Vertreter des Waldenburger Kreises im Reichstage ist. Hier wird mit aller Heftigkeit Urache und Wirkung verknüpft. Weil eben die Bergarbeiter Niederschlesiens seit jeher mit ihren Arbeitern ungeschickten sind wie mit Sklaven, weil sie ihnen trotz aller schlechten Löhne zahlten, deshalb haben die Arbeiter seit den achtziger Jahren in steigendem Maße sozialdemokratisch gewählt und von 1893 ab der Arbeiterpartei das Reichstagsmandat übertragen. Erst aus Erbitterung und Trotz, zu dem sich dann Erkenntnis gesellte. Die Leute am „Bergknappen“ und ihre Bewohnungsleute hätten es wohl lieber gesehen, wenn der Fürst Pleß oder seine Trabanten dem Kameraden Sachse das Reichstagsmandat entzögen, wenn die Waldenburger Bergleute ebenfalls ein Hilferief zu Heermann gewählt hätten. Das glauben wir gern, sind doch die angeblichen „Christen“ nichts anderes als verkappte Unternehmermeute und Kammerdiener, genau so wie ihr gelber Kollege Richter.

Die niederschlesischen Bergleute denken aber anders als die „Christen“ am „Bergknappen“, von denen sie ja überhaupt nichts wissen mögen. Wenn die schwarzen Verleumder noch Scham im Leibe hätten,

dann würden sie es vermeiden, die parlamentarische Tätigkeit Sachses zu bemänteln. Denn Sachse hat als Abgeordneter alles getan, was nur irgend im Interesse seiner Wähler lag. Er hat gegen jede steuerliche Mehrbelastung, gegen jede rechtliche und materielle Beschränkung seiner Wähler gewirkt und gestimmt. Was es seine Schuld, daß 1908 zu den allen Steuern noch eine halbe Milliarde neuer Steuern gekommen sind, Steuern aus Tabak, Bier, Streichholz? Er hat mit seinen Parteifreunden tapfer dagegen angekämpft, sie wurden leider überstimmt. Und von wem? Von den Gewinnungsgeheimen der „Bergknappen“, Leder, Fleischer und all den anderen! Die hatten sich mit der konservativen Partei des Fürsten Pleß verbündet, um die Erbchaftsteuer abzuschwächen und dafür die arme Masse mit neuen Lasten zu beschlagen. Die „Christen“ gleichen Giftmischer, die ihr Opfer befragen, daß es von dem eingeeinigten Witz krank geworden ist. Ober steht es etwa anders mit den Verleumdungen und Schmutz, welchen sie auf der Seite der Arbeiterfeinde, wenn es zur Entscheidung kam.

Welche Schuld will man dem Bergarbeiterverbande aufhängen, daß in Niederschlesien keine größeren gewerkschaftlichen Fortschritte erzielt wurden? Ein Vorwurf wäre nur dann gegen ihn zu erheben, wenn er nichts gegen die Verhältnisse unternommen hätte. Hier trifft aber daselbe zu wie oben. Lange und schwere Kämpfe wurden von unserer Organisation geführt auf den Werken des frommen Zentrumsgegens Magni in Neuzode und Gottesberg, Lohnbewegungen wurden mehrfach über das ganze Revier unternommen. Sie wurden vereitelt von der gelben Partei, den Verbänden der „Christen“, von den Reichstagen, denen sich auch die katholischen Arbeitervereine beigesellen. Wägen die „Christen“ am „Bergknappen“ wirklich noch erinnert werden an die Märztage von 1912, wo sich die Waldenburger Knappen unter der Führung des Verbandes auftraten und von der vereinten Macht des „christlichen“ Kapitals, des „christlichen“ Staaates und der „christlichen“ Wägen wieder in das alte Elend zurückgeworfen wurden? Der damalige „christliche“ Sekretär Walle benahm sich hierbei fast noch schlimmer als die Verleumder selbst, er hatte ja die besten Vorbilder an seinen „großen“ Führern im Revier.

Je nun, mit geschäftsmäßigen Verleumdern läßt sich nicht rechnen. Wägen die „Christen“ weiterhin zu ihrer eigenen Schande der „christlichen“ Unternehmungskasse den Verband als Stundlohn hingustellen. Wir und die niederschlesischen Kameraden werden das zu ertragen wissen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Geburtenmoral in höchsten Kreisen.

Bekanntlich ist in den allerbildigen, hochpatrischen Kreisen seit einiger Zeit ein großes Gesehmer losgebrochen, nachdem die Geburtenstatistiken verschiedener deutscher Staaten ein Zurückgehen der relativen Geburtenziffern erkennen ließen. Neue Volkswirter, die die Entwicklung und Größe einer Nation nicht an ihrer Kultur und dem Güte der Bürger, sondern an der Zahl der waffenfähigen „Muttertiere“ messen, weisen mit wachsendem Finger auf das Beispiel Frankreich, in dem die Einschränkung der Geburtenzahl bereits zu einer Stationierung, wenn nicht einem Zurückgehen der Bevölkerung geführt hat und schon mit heugiger Sorge dem Zeitpunkt entgegen, wo auch bei uns die Zahl der jährlich zur Anfertigung gelangenden Rekruten eine Abnahme erfahren könnte.

So sehr ist der Schrecken über die verminderte Geburtenziffer unserer Herrschenden in die Nieder gefahren, daß Minister v. Dallwitz sogar die Regierungspräsidenten angewiesen hat, den Ursachen der Erscheinung nachzugehen. Man gelernt dabei über die Unmoral, die Faulheit und Geizsucht, die immer mehr im Volk Eingang finden und hindern, daß Väter und Mütter die Last, Sorgen und Schmerzen einer großen Kinderzahl auf sich nehmen. Eine besonders beliebte Ursache dieser Moralprediger ist es, demgegenüber auf die hohe Tugend des deutschen Herrscherhauses hinzuweisen, in dem große Kinderzahlen gewissermaßen traditionell sind.

Nun ist es ja immerhin ein Unterschied, ob eine Familie mit 12 Millionen Mark Einkommen sich sieben Kinder leisten oder eine solche mit 800 Mark. Was dort höchstens der Mutter einige Monate körperliche Beschwerden verursacht, wird hier zur Ursache furchtbaren Not, nie endender Entbehrungen, Vernachlässigung der einzelnen Kinder usw. Aber auch abgesehen davon, ist der Hinweis auf das Beispiel der regierenden Häuser keineswegs einwandfrei, wie Dr. jur. Otto Schlinger in einem interessanten Artikel in der „Neuen Generation“ ausführt. Der Verfasser weist an der Hand der Genealogie der deutschen Herrscherfamilien nach, daß auch in diesen Familien, trotz vorzüglicher körperlicher Beschaffenheit, trotz ansteigender „Ernährungsverhältnisse“ die Zahl der Geburten in den letzten Generationen ständig abgenommen hat und nur diejenigen Familien Hinderreich geblieben sind, die für die sichere Erhaltung eines Thrones oder sonstiger Erbgrüter das Opfer einer zahlreichen Nachkommenschaft auf sich nehmen mußten.

Charakteristisch hierfür ist gerade die Familie Hohenzollern. Der jetzige Kaiser besitzt sieben Kinder, seine väterliche und großväterliche Familie waren gleichfalls reich mit Kindern gesegnet, und in der Ehe seines ältesten Sohnes, des Kronprinzen, wurden im Laufe der ersten sechs Jahre bereits vier Kinder geboren. Ganz anders sieht es in den Seitenlinien aus. In der Ehe des Kronprinzen des Kaisers und seinen männlichen Nachkommen sind meist nur ein oder zwei, selten drei Kinder vorhanden. Der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich, besitzt zwei, der seit vier Jahren verheiratete Bruder des Kronprinzen, August Wilhelm, hat ein, sein seit sechs Jahren verheirateter Bruder Eitel Friedrich überhaupt kein Kind.

Der Ehe des bayrischen Thronfolgers sind neun Kinder entsprossen, der seines Erben nach kurzer Dauer bereits drei. Dagegen sind in den zahlreichen Nebenlinien des regierenden Stammes in der letzten Generation gar keine oder nur ganz wenige Kinder geboren worden. Während der König von Sachsen sechs Kinder besitzt, blieb sein Bruder in zweimaliger Ehe kinderlos; der andere, Prinz Max, ist als katholischer Priester überhaupt nicht verheiratet. Der König von Württemberg hat allerdings nur eine Tochter. Von den drei Söhnen des Chefs der fünften (katholischen) Linie zeugte der auf die Krone Württembergs erberechtigte sechs, die beiden anderen keine Kinder.

Mit dem „hohen“ Beispiel ist es also in Wirklichkeit nichts. Auch der Adel weist eine ständig abnehmende Kinderzahl auf. Speziell in der Familie derer v. Dalwitz kommen nur ein bis drei Kinder vor. Der Minister hätte also seine moralischen Vorwürfe lieber an eine andere Stelle richten sollen.

Aufnahme des Geschäftsbetriebes der „Volksfürsorge“

Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist die „Volksfürsorge“ am 17. Mai ins Handelsregister eingetragen. Vom Vorstand der „Volksfürsorge“ erhalten wir durch das Pressebureau nachfolgende Mitteilung, aus der ersichtlich ist, daß der Geschäftsbetrieb am 1. Juli erfolgen soll. Ueber die Art der Leistungen enthält die Mitteilung leider noch nichts. Der Vorstand schreibt:

Unsere Freunde teilen mir hierdurch mit, daß die Anmeldung zur Eintragung der „Volksfürsorge“, Gewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Versicherungsorganisation, in das Handelsregister in Hamburg am 17. Mai erfolgt ist. Die Aufnahme des Geschäftsbetriebes, d. h. die Erhebung von Prämien für abgeschlossene Versicherungen, wird in allen Orten, in welchen durch die örtlichen Verhältnisse, das Gewerkschaftsamt und die Verwaltung des Konsumvereins, die nach dem Organisationsplan notwendigen Vorbereitungen getroffen worden sind, am 1. Juli erfolgen.

Die Werbearbeit für die „Volksfürsorge“ dagegen beginnt schon im Monat Juni mit der Verbreitung eines vom Vorstande der „Volksfürsorge“ herausgegebenen Flugblattes und der Prospekte über die Versicherungsarten von Haus zu Haus durch die am Orte bestellten Vertrauenspersonen. Diese haben die Pflicht, nach der Verbreitung des Flugblattes überall nachzufragen, ob der Abschluß einer Versicherung für irgend ein Mitglied der Familie, Mann, Frau oder Kinder gewünscht wird. Die Vertrauensleute erhalten durch die örtlichen Rechnungsführer Bücher, in welchen sämtliche Tarife der „Volksfürsorge“ abgedruckt sind, um an Hand derselben jedem Versicherungsnehmer die gewünschte Auskunft geben zu können, außerdem Antragsformulare und Quittungsbücher für das zu erhebende Eintrittsgeld.

Nur den Vertrauensleuten der „Volksfürsorge“ wird deren Lohnnahmematerialien verabsolgt; die Quittungen für das bei der Antragstellung zu entrichtende Eintrittsgeld von 1 Mk. tragen die Unterzeichneten der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder.

Wir eruchen nunmehr, den Aufbau der Organisation in allen Orten, in welchen dies nicht bereits geschehen ist, zu beschleunigen und dafür Sorge zu tragen, daß die systematische Werbearbeit in Angriff genommen werden kann. Die bestellten Rechnungsführer wollen uns sofort über die Anzahl der für ihren Bezirk erforderlichen Flugblätter und Prospekte Mitteilung machen.

Der Vorstand der „Volksfürsorge“
A. v. Eder, Fr. Rejse.

Merde, Schweine, Hunde.

Mehr und mehr hat man sich bis zu einem gewissen Grade in der Föhrung der privaten Wirtschaft dem Niveau der hohen Preise angepaßt. Das geschah in weiten Kreisen der Bevölkerung einfach dadurch, daß man mit den vorhandenen Mitteln sich einrichtete, das heißt noch mehr als bisher sparen mußte. Denn das Einkommen stieg lange nicht in dem Maße, wie die Kaufkraft des Geldes sank. Vor allem waren es die Beamten, die Handwerker und ein hoher Prozentsatz der Arbeiter, die nur durch Einschränkung der Ausgaben das Gleichgewicht im Haushaltsaufreicht zu erhalten vermochten. Gestraft wurde möglichst an den Auswendungen für die Wohnung und Kleidung, leider aber auch an den Anforderungen für die Ernährung. Und wenn auch der Nominalbetrag für die Ernährung nicht zurückgegangen ist, so ist doch bei gleichem Kostenaufwande das Quantum der Nahrungsmittel zurückgegangen, das die Familien sich beschaffen konnten.

So ist es nicht weiter verwunderlich, daß wir im laufenden Jahre einen Rückgang des Fleischverbrauchs konstatieren müssen. Wenn wir den Fleischverbrauch im 1. Vierteljahr der letzten Jahre vergleichen, so sehen wir, daß das laufende Jahr selbst gegen die niedrigen Ziffern der Jahre 1909 und 1911 noch merklich zurückbleibt. Nach unseren Berechnungen stellte sich der Verbrauch von Rind-, Kalb-, Schweine-, Hammel- und Ziegenfleisch im 1. Vierteljahr der Jahre 1908 bis 1913 wie folgt:

Jahr	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Gesamtverbrauch in Tonnen	689 212	680 682	652 144	649 858	601 061	640 680
Konsum pro Kopf in Kilogramm	10,28	9,95	10,14	9,99	10,50	9,80

Was besonders auffällt, ist die starke absolute Abnahme um mehr als 50 Millionen Kilogramm im 1. Vierteljahr! Eine so starke Abnahme ist in den letzten Jahren überhaupt nicht zu konstatieren gewesen. Die Abnahme im 1. Vierteljahr 1911 war dagegen beträchtlich relativ gering. Gleichzeitig hat noch die Bevölkerung zugenommen, so daß die berechnete Rate pro Kopf bis auf 9,90 Kilogramm zurückgegangen ist. Die Abnahme erstreckt sich auf sämtliche Fleischsorten mit Ausnahme von Hammelfleisch, dessen Verbrauch pro Kopf gleichgeblieben ist. Es kamen auf den Kopf der Bevölkerung im 1. Vierteljahr in Kilogramm:

Jahr	1908	1909	1910	1911	1912	1913
Rindfleisch	3,64	3,85	4,00	3,55	3,57	3,40
Kalbfleisch	0,78	0,78	0,82	0,85	0,70	0,62
Schweinefleisch	5,67	5,18	5,12	5,80	6,06	5,40
Hammelfleisch	0,16	0,17	0,17	0,18	0,15	0,15

Am wichtigsten für die Beurteilung des Fleischkonsums der breiten Masse der Bevölkerung ist die Bewegung des Verbrauchs von Schweinefleisch. Wir machen hier die unerfreuliche Wahrnehmung, daß dieser Verbrauch mehr als ein halbes Kilogramm gegenüber dem ersten Vierteljahr 1912 abgenommen hat. Wenn man erwägt, daß ein immerwährender Teil der Bevölkerung den Fleischverbrauch sicherheit nicht einschränkt, so ist der Schluß naheliegend, daß in den Kreisen, in denen der Fleischkonsum vermindert werden mußte, der Rückgang in einem weit stärkeren Grade erfolgt, als es in der Durchschnittsberechnung zum Ausdruck kommt. Das ist aber ein zweifelslos eine für die Gesundheit der Volkskraft äußerst nachteilige Erscheinung, die unter keinen Umständen und mit keinen Ausflüchten wegzubüttert werden kann. Es ist kein Wunder, daß bei dieser erzwungenen Einschränkung des Fleischverbrauchs die allerbilligsten Sorten, die wir in unsere regelmäßigen Berechnungen nicht einbezogen, stärker verzehrt wurden als in den Vergleichsperioden der Vorjahre. Es wurden nicht nur mehr Pfeffer, sondern auch mehr mehr Hühner von der armen Bevölkerung verzehrt. Betrug doch nach den amtlichen Nachweisungen die Zahl der geschlachteten Pferde und Hunde im 1. Vierteljahr der nachstehenden Jahre:

Jahr	1908	1909	1910	1912	1913
Pferde	85 987	39 757	40 482	89 298	43 586
Hunde	2 061	2 455	2 270	2 180	2 441

Im Adreßbuch Sachsen und in der Provinz Schlesien wurden die meisten Hunde verzehrt.

Die Muttersprache der preussischen Schulkinder.

Daß die deutsche Sprache in den Reihen unserer politischen, bürgerlichen usw. Mitbürger nur sehr langsam Aufnahme findet und jedenfalls vom Gebrauch in den Familien noch lange Zeit ausgeschlossen bleiben wird, ergibt sich aus der preussischen Volksschulstatistik. Die Zahl der Kinder, die in ihrem Elternhause gar nicht deutsch, oder neben der deutschen auch eine andere Sprache sprechen, ist in den letzten zehn Jahren sehr gestiegen als zurückgegangen. Von sämtlichen preussischen Volksschülern in Stadt und Land sprechen in ihrer Familie

1901	1911	Zu resp. Abnahme	
nur deutsch	4 877 884	5 588 607	+ 705 723
polnisch	594 752	608 942	+ 129 190
litauisch	21 751	28 443	+ 6 692
litauisch	40 352	36 444	- 3 908
litauisch	10 808	10 000	- 808
wendisch	9 054	8 388	- 666
dänisch	20 115	23 640	+ 2 734

Ein Rückgang des Gebrauchs der fremden Sprache zeigt sich also nur bei den Stämmen, die sich schon seit längerer Zeit in einem gewissen Aufstiegsprozess befinden. Unter der Einwirkung des Schulunterrichts und verschiedener Zwangsmaßnahmen hat sich natürlich die deutsche Sprache hier und da in den Familien Eingang verschafft. Die Zahl der Kinder, in deren Familie die deutsche neben der eigentlichen Muttersprache gebraucht wird, betrug in den Jahren 1901 und 1911

1901	1911	Zu resp. Abnahme	
deutsch und polnisch	101 307	138 185	+ 36 878
„ „ litauisch	3 153	8 445	+ 5 292
„ „ litauisch	13 415	23 832	+ 10 417
„ „ litauisch	7 588	7 251	- 337
„ „ wendisch	3 158	3 117	- 41
„ „ dänisch	2 043	2 582	+ 489

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die deutsche Sprache bei den Polen und Dänen nur wenig Aufschwung findet.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter im Jahre 1912.

In der Berichtszeit wurde die Mitgliederzahl um 50 000 überschritten. Die Zunahme betrug 2085 gegen 6851 im Vorjahre. Die Fluktuation ist ein großer Rechtschaden; gingen doch im Jahre 1912 von 13 203 Eingetragenen 10 112 der Organisation wieder verloren. Nichtsdestoweniger ist der Fortschritt anerkennenswert. Am Jahreschluss betrug die Mitgliederzahl 50 739.

Weit günstiger ist die finanzielle Entwicklung. Sie erfüllt zum größten Teil aus, der ausnahmsweise geringen Ausgabe für Kämpfe und Beschäftigtenunterstützung; die 1912 nur den Betrag von rund 70 248 Mk. erforderten, 84 000 Mk. weniger, als im Vorjahre. Die Ursache dieser geringen Ausgabe ist aber nicht etwa darin zu suchen, daß notwendigen Kämpfen aus dem Wege gegangen wurde, sondern hier bewährte sich auch die alte Erfahrungstatsache, daß je gefestigter die Organisation, und je besser sie finanziert ist, um so eher die Unternehmer Entgegenkommen zeigen und Kämpfe vermeiden. Die sonstigen Unterstellungen von die Mitglieder waren dagegen wieder höher: 357 921 Mk. gegen 311 487 Mk. im Jahre 1911. Auf die einzelnen Unterstützungsarten entfallen im Berichtsjahre: Unterstützung bei Krankheit 224 387 Mk., bei Arbeitslosigkeit 78 588 Mk., in Sterbefällen 27 434 Mk., in Hofällen 9612 Mk., Unzulänglichkeiten 1827 Mk. und Nachsicht 16 121 Mk. Die Gesamtausgaben betragen 931 716 Mk. Das Vermögen der Hauptkassier stieg um 289 916 Mk. auf 1 458 606 Mk. Mit den Beständen in den Lokalitäten beauftragte sich das Gesamtvermögen des Verbandes am Jahreschluss auf 1 778 928 Mk.

Zu der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kann der Verband wieder manchen Erfolg verzeichnen. Nicht weniger als 377 Angriffsbewegungen in 649 Betrieben mit 13 464 beteiligten Personen wurden geführt. Von diesen wurden 328 in 583 Betrieben mit 12 454 Beteiligten durch Verhandlungen mit Erfolg erledigt. Von diesen beteiligten Personen entfallen auf Brauereien 10 150, Mühlen 1414, Brennereien und Gefäßfabriken 747, Holzfabriken 650, Miernebetrieben und Getreidemüllfabriken 399, andere Betriebe 104. In den übrigen Angriffsbewegungen mußte zum Streik geiffen werden. Nebenbei war eine noch größere Anzahl Streikbewegungen zu führen, und zwar 402 in 320 Betrieben mit 2826 beteiligten Personen. Durch Verhandlungen erledigt wurden 378, davon 319 mit Erfolg, die übrigen durch Streik. — Die Zahl der Streiks und Ausperrungen belief sich auf 75 in 88 Betrieben mit 1562 beteiligten Personen, davon waren 48 Angriffstreiks, 24 Abwehrstreiks und 3 Ausperrungen. Erledigt

wurden von den gesamten Kämpfern 40 mit Erfolg, 20 mit teilweisem Erfolg, 13 erfolglos, 2 blieben unerledigt. Das Ergebnis der Lohnbewegungen war, wenn wir die verschiedenen sonstigen Verbesserungen außer acht lassen, eine Erhöhung der Löhne um 10 3/4 % pro Woche für 12 325 Personen und eine Verkürzung der Arbeitszeit um 25 000 Stunden pro Woche für 7051 Personen. Mit der 1912 eingetretene Verbesserung aus Tarifverträgen des Vorjahres erhöht sich die Lohnerhöhung auf 58 218 M. für 28 000 Personen und die Arbeitszeitverkürzung auf 25 884 Stunden für 7146 Personen.

Besonders hervorzuheben sind die erzielten Erfolge verdient der Arbeiterurlaub bei Fortzahlung des Lohnes, der tariflich geregelt im Bereiche des Brauereis- und Mühlenarbeiterverbandes eine außerordentliche Ausdehnung erfahren hat. Im Berichtsjahre wurde ein jährlicher Urlaub tariflich festgelegt in 243 Betrieben für 8833 Personen, bestandener Urlaub verbessert in 70 Betrieben für 2486 Personen. Am Jahreschluss 1912 war ein Urlaub tariflich vorgesehen für 1701 Betriebe und 54 047 Personen. Der Urlaub ist zwar im allgemeinen noch sehr verbesserungsbedürftig, doch wird, wie an der Ausdehnung so auch an der Verbesserung bei jeder sich bietenden Gelegenheit gearbeitet.

Es gibt wenige Lohnbewegungen im Bereiche des Verbandes, die nicht mit einem Tarifabschluss enden. Im Berichtsjahre wurden wieder 142 neue Tarifverträge für 186 Betriebe und 2382 Personen abgeschlossen und nebenbei eine Anzahl Tarifverträge erneuert. Am Jahreschluss 1912 bestanden 898 Tarifverträge für 1740 Betriebe mit 57 407 Personen. Es arbeiten also nicht mehr viel Mitglieder ohne Tarifvertrag.

Verband der Schuhmacher im Jahre 1912.

Die Mitgliederzahl des Verbandes ging im Berichtsjahre um 303 gegenüber dem Vorjahre zurück, sie betrug im 4. Vierteljahr des Jahres 45 487. Die Ursache dieses kleinen Rückganges ist vermutlich auf die vom letzten Verbandstag beschlossene und am 1. Oktober 1912 in Kraft getretene Beitragserhöhung um 10 Pf. pro Woche in allen Klassen zurückzuführen. Die Abrechnungen der Verwaltungskassen vom 1. Vierteljahr 1912 zeigen aber, daß nicht nur dieser Verlust wieder ausgeglichen, sondern darüber hinaus eine Vermehrung der Mitgliederzahl eintritt. Ein Beweis dafür, daß die Mitglieder angezogen werden, ist die immer stärker werdenden wirtschaftlichen Kämpfe, von der Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge überzeugt sind.

Der Verband hatte im Jahre 1912: 231 Lohnbewegungen zu führen, an welchen 15 815 Personen beteiligt waren. Von diesen Bewegungen entfielen 158 mit 14 014 Beteiligten auf Fabrikbetriebe und 48 mit 1801 Beteiligten auf handwerkliche Betriebe. 186 Lohnbewegungen mit 13 040 Beteiligten konnten ohne Arbeitsniederlegung, durch Verhandlung mit den Unternehmern erledigt werden, während in 42 Fällen mit 1460 Beteiligten die Arbeit niedergelegt werden mußte. Außerdem waren 8 Ausperrungen mit 1297 Beteiligten zu verzeichnen. Durch diese Arbeitskämpfe wurden erzielt für: 2105 Personen 5386 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 5434 Personen 8230 M. Lohnerhöhung pro Woche. Das sind pro Person 2 1/2 Stunden Arbeitszeitverkürzung und über 1,50 M. Lohnzulage pro Woche. Außerdem erreichten 7110 Personen Bezüge von Lebensmitteln und sonstige Vergünstigungen im Arbeitsverhältnis. Bei den Abwehrbewegungen konnten insgesamt für 2765 Personen Verbesserungen verschiedener Art zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben für diese Lohn- und Streikbewegungen betrugen 208 705 M.

Die Arbeitslosigkeit war auch im Jahre 1912 eine große; sie blieb nur um 0,8 Prozent hinter der des Jahresjahres 1908 zurück. Auch gegenüber dem Durchschnitt der Arbeitslosigkeit in anderen Verbänden war die Arbeitslosigkeit im Schuhmacherberuf um 0,8 Prozent höher. Während der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit in allen Verbänden 2,8 Prozent betrug, war die entsprechende Ziffer bei dem Zentralverband der Schuhmacher 3,1 Prozent.

Der seit 1906 schon zu beobachtende schlechte Geschäftsgang, der gewissermaßen eine Krise in Vorbereitung ist, verursacht dem Verband fortwährende hohe Ausgaben für Arbeitslosen- und auch für Krankenunterstützung. So wurden im Jahre 1912 verausgabt: 145 972 M. für Arbeitslosen- und 225 621 M. für Krankenunterstützung. Ferner 24 267 M. für Krankenunterstützung, 8668 M. für Invalidentätterung, 6540 M. für Waisenernährung, 1693 M. in Notfällen, 10 082 M. in Sterbefällen, 2425 M. für Nachschuß und 4357 M. an gewöhnliche Mitglieder. Die Gesamtausgabe für Unterstützungen betrug 532 959 M. Der Vermögensbestand der Hauptkassa betrug am Schlusse des Berichtsjahres 656 028 M., der der Lokalkassen 244 168 M., der Gesamtvermögensbestand 900 196 M.

Streiks und Ausperrungen im Jahre 1912.

Das Reichliche Statistische Amt hat soeben die vorläufige, noch nicht detaillierte Uebersicht über die Arbeitslosigkeiten des Jahres 1912 veröffentlicht. Die Zahl und der Ausgang der Streiks waren demnach in den einzelnen Vierteljahre und im Gesamtzeitraum die folgenden:

	Zahl der betroffenen Streiks	betreffende Betriebe	Höchstzahl der gleichzeitigen Streikenden	die Ausperrungen hatten teilweisen Erfolg	teilweisen keinen Erfolg
1. Vierteljahr 1912	647	1303	262 291	78	199
2. " "	842	3617	177 260	129	399
3. " "	687	1422	38 890	97	299
4. " "	374	741	27 335	84	131
Vorf. Jahres 1912	2500	7283	405 746	388	1028
Jahres 1911	2566	10840	217 800	497	1186

Die Zahl der Streiks hat demnach gegenüber dem Vorjahre kaum eine Veränderung erfahren. Dagegen ist die Zahl der betroffenen Betriebe zurückgegangen, während gleichzeitig die Anzahl der Streikenden fast auf das Doppelte stieg. Der Erfolg der Streiks war im vorigen Jahre ungünstiger als 1911. Nur etwa 15 Prozent aller Streiks hatten vollen, 41 Prozent teilweisen und 44 Prozent keinen Erfolg. Doch ist bekanntlich die amtliche Statistik gerade in dieser Beziehung nicht besonders zuverlässig.

Die Statistik der Ausperrungen zeigt folgendes Bild:

	Zahl der betroffenen Ausperr.	betreffende Betriebe	Höchstzahl der gleichzeitigen Ausperrten	die Streiks hatten vollen teilweisen keinen Erfolg	
1. Vierteljahr 1912	146	618	24 289	74	60
2. " "	113	1455	18 052	8	101
3. " "	23	127	22 119	7	18
4. " "	36	358	10 320	7	25
Vorf. Jahresumme 1912	324	2558	74 780	96	213
Jahresumme 1911	282	1933	138 354	73	146

Umgekehrt wie bei den Streiks ist bei den Ausperrungen die Zahl der Kämpfe und die der beteiligten Betriebe zwar in die Höhe gegangen, aber die der betroffenen Arbeiter gesunken. Das Resultat ist etwa das gleiche wie im Jahre 1911: 30 Prozent der Ausperrungen hatten (für die Unternehmer) vollen, 66 Prozent teilweisen und 4 Prozent keinen Erfolg.

Knappschäftliches.

Knappschäftliches aus dem Namener Bezirk.

Der Wurmknappschäftverein hatte auf den 17. Mai eine Generalversammlung einberufen mit der Tagesordnung: Statutenänderung. Die Statutenänderung war notwendig geworden durch die für die Knappschäftsklassen in Kraft tretenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung (Aufnahme der Werts- und Verwaltungsbeamten in die Knappschäftsklasse). Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes hatten Anträge zur Beratung gestellt. Den Teilnehmern der Generalversammlung einschließlich Vorstand waren die Verbandsanträge vor der Generalversammlung zugestellt worden. Die Verbandsanträge gingen dahin:

1. daß der Grundlohn der I. Klasse auf 6 Mark festgesetzt werde;
2. daß das Krankengeld 75 eventuell 66% Prozent des Grundlohnes betragen soll;
3. daß die Knappschäftsmittelglieder, die außerhalb der Rassenprengel wohnen, dieselben Vergünstigungen genießen sollen, wie die Mitglieder, die ihre Wohnung innerhalb der Rassenprengel haben;
4. daß die Invalidenterrenten um 20 Prozent erhöht werden sollen;
5. daß die Witwenpensionen zwei Drittel der Invalidenterrenten betragen sollen;
6. daß den Invaliden für ihre Kinder unter 15 Jahren eine Erziehungsbeihilfe gewährt wird;
7. daß Strafen den einfachen Betrag des Krankengeldes oder der Invalidenterrenten nicht übersteigen dürfen;
8. daß die Bestimmung, aufgehoben wird, wonach Knappschäftsmittelglieder zehn Jahre der Knappschäft ununterbrochen angehören müssen, um als Knappschäftsmittelglieder gewählt zu werden;
9. daß Knappschäftsmittelglieder, wenn sie invalident werden, jedoch als beitragspflichtige oder als freiwillige Mitglieder Beiträge zur Krankenkasse zahlen, ihr Amt als Knappschäftsmittelglieder weiter ausüben können;

10. daß die Anknappschäftswahlen vier Wochen vorher bekannt gemacht werden sollen.

Der Vorstand der Wurmknappschäft lehnte es ab, diese Anträge in der Generalversammlung zu verhandeln, weil sie nicht von einem Drittel der Wähler unterschrieben seien und dem Vorstand nicht acht Tage vor der Generalversammlung unterbreitet wurden. Der Vorsitzende berief sich hierbei auf den § 81 der Satzungen. Dieser Paragraph lautet:

„Die Beratung der Generalversammlung erfolgt durch den Vorstand nach Bedürfnis. Der Vorstand ist verpflichtet, die Generalversammlung zu berufen wenn die Einberufung von der Aufsichtsbekörde verlangt oder von dem dritten Teile der Stimmen der Wertsbesitzer oder der der Anknappschäftsklassen schriftlich unter Angabe des Zweckes, welcher in der Zuständigkeit der Generalversammlung liegen muß, beantragt wird.“

Die Einladung erfolgt mittels eingeschriebenen Briefes oder durch Mundschreiben unter Mitteilung der Tagesordnung, und bei Satzungsänderungen unter Mitteilung der Abänderungsvorschläge unter Hinweis auf § 82 Abs. 2 und 3 spätestens 8 Tage vor dem für die Generalversammlung anberaumten Termin.“

Nach den Bestimmungen dieses Paragraphen muß ein Antrag der Arbeitervertreter auf Einberufung einer Generalversammlung von einem Drittel der Wähler unterschrieben sein. Wenn eine Generalversammlung vom Vorstande einberufen wird, so muß den Wählenden die Einladung mit der Tagesordnung und den Abänderungsvorschlägen acht Tage vor der Generalversammlung zugestellt werden. Daß die Wählenden ihre Anträge zu der ihnen unterbreiteten Tagesordnung acht Tage vor der Generalversammlung dem Vorstande unterbreiten müssen, ist unmöglich, indem ihnen die Tagesordnung und die Abänderungsvorschläge erst acht Tage vor der Generalversammlung bekannt werden. Die Sache würde eine andere sein, wenn auf der Tagesordnung die Satzungsänderung nicht vorgesehen und von den Wählenden beantragt worden wäre, Satzungsänderung mit auf die Tagesordnung zu setzen. Da die Generalversammlung vom Vorstande einberufen wird, um Satzungsänderungen vorzunehmen, so mußte der Vorsitzende alle Anträge zur Beratung zulassen. Durch die Nichtzulassung der von den Verbandsältesten gestellten Anträge wurde eine Geschäftsordnung gehandhabt, die außerhalb der Satzungen der Wurmknappschäft steht. Deshalb sind die Beschlüsse dieser Generalversammlung ungültig. Die Verbandsältesten haben deshalb gegen die Vorstandsvorlage gestimmt, obwohl sie bei rechtmäßiger Geschäftsordnung dafür gestimmt hätten. Die Ablehnung der Vorstandsvorlage durch die Verbandsältesten bedeutet einen Protest gegen die Geschäftsführung. Von Rechts wegen muß eine neue Generalversammlung einberufen werden. Auch die Gewerkschaften hatten Abänderungsanträge gestellt und dieselben am 14. Mai, also drei Tage vor der Generalversammlung, dem Vorstande unterbreitet. Und diese Anträge wurden zur Beratung nicht zugelassen. Gegen dieses Geschäftsgefahren haben die Gewerkschaften aber nicht protestiert. Sie haben der Vorstandsvorlage mit den Vertretern der Wertsbesitzer und Beamtenältesten zugestimmt. Ein einmütiger Protest gegen das Geschäftsgefahren wäre jedenfalls besser gewesen. Wir haben also die Tatsache zu verzeichnen, daß der Vorstand, der zur Hälfte aus Mitgliedern des „Christlichen“ Gewerkschaftsbundes besteht, die Anträge der Gewerkschaften zur Beratung nicht zuläßt, ebenso wie derselbe Vorstand die Anträge der Verbandsältesten zurückwies. Der Unterschied ist nur der, daß die Verbandsältesten gegen diese Geschäftsgefahren protestierten, indem sie die Vorstandsvorlage ablehnten, während die Gewerkschaften mit der Zurückweisung ihrer Anträge einverstanden waren. Die Verbandsältesten werden gegen die Gültigkeit der Beschlüsse dieser Generalversammlung Protest erheben. In den Verhandlungen des Gewerkschaftsbundes am 18. Mai, in denen Herr J. M. u. s. h. reichte, ist von Gewerkschaftsagitatoren behauptet worden, die Verbandsältesten hätten zu der Generalversammlung der Wurmknappschäft am 17. Mai übertriebene und unerreichbare Forderungen gestellt.

Welche Forderungen von den „Christlichen“ Agitatoren als übertrieben und unerreichbar bezeichnet werden, ersehen die Kameraden aus vorstehender Aufstellung. (Jeder dieser Forderungen war eine ausführliche Begründung beigegeben, die wir Raumhalber hier nicht wiedergeben.) Wenn die Forderungen der Verbandsältesten wirklich übertrieben und unerfüllbar sind, dann haben die Gewerkschaftsagitatoren mit den Wurmknappschäftlern schon jahrelang Kölner Henneschen- und Komödien gespielt. In einer Eingabe an die Wurmknappschäft vom 18. Juni 1908 forderten die Gewerkschaften gemeinsam mit den Ältesten des Bergarbeiterverbandes:

1. Erhöhung des Krankengeldes auf zwei Drittel des verdienten Lohnes;
2. nach 25 Beitragsjahren 25 Mark Invalidenterrenten und für jedes weitere Beitragsjahr monatlich steigend um 50 Pf.

Auf dem allgemeinen Bergarbeiterkongress am 11. und 12. Febr. 1908 in Essen traten die Gewerkschaftsagitatoren dafür ein,

1. daß in allen Knappschäftsklassen das Krankengeld mindestens zwei Drittel des verdienten Lohnes betragen müsse;
2. daß die Invalidenterrenten nach 25 Beitragsjahren zwei Drittel des Hauereilohnes betragen soll;
3. daß die Witwenpension zwei Drittel der Invalidenterrenten betragen soll.

Diese Forderungen, die vom Gewerkschaftsbund schon vor sieben Jahren gestellt wurden, sind mindestens so weitgehend, als die Forderungen der Verbandsältesten. In dieser Zeit sind die Lebensmittelpreise bis zu 30 Prozent gestiegen. Die Lebenslage der Bergarbeiter ist also verschlechtert worden. Das Krankengeld und die Invalidenterrenten und Witwenpension, die der Gewerkschaftsbund vor sieben Jahren zu zahlen für erforderlich hielt, erklären dieselben Leute heute für übertrieben und unerfüllbar! Nicht Vertreter der Wertsbesitzer sind es, die solche unerschämte Behauptungen aufstellen, es sind Leute, die als „Vertreter“ der Knappschäftsmittelglieder in den Vorstand der Wurmknappschäft gewählt wurden! Die Bergarbeiterschaft muß sich empören über diese Handlungsweise ihrer „Vertreter“. Die Arbeiter sollen diese Menschen zwingen, ihr Amt als Arbeitervertreter sofort niederzulegen.

In den Jahren von 1908 bis 1911 hat die Wurmknappschäft einen Gesamtüberschuß von 2 347 637,01 Mark erzielt. Nach Ansicht der Agitatoren des „Christlichen“ Gewerkschaftsbundes soll es dennoch nicht möglich sein, die Leistungen der Wurmknappschäft entsprechend der vorliegenden Anträge zu erhöhen! Wenn in den Jahren 1908 bis 1911 das Krankengeld, die Invalidenterrenten sowie die Witwenpension in der Höhe ausgezahlt worden wären wie sie seitens der Verbandsältesten beantragt wurden: zwei Drittel des Grundlohnes als Krankengeld, 20 Prozent Erhöhung der Invalidenterrenten, zwei Drittel der Invalidenterrenten als Witwenrente, dann hätte die Wurmknappschäft in diesen vier Jahren zwar einen Betrag von 1 026 530 Mark mehr ausgezahlt. Zimmerlin hätte die Wurmknappschäft in diesen Jahren, ohne daß die Beiträge erhöht worden wären, einen Ueberschuß von 1 321 096 Mark zu verzeichnen gehabt. Von dieser Summe wären nur noch einige tausend Mark in Abzug zu bringen, wenn für diese Zeit den Invaliden für ihre Kinder unter 14 Jahren eine Erziehungsbeihilfe gezahlt worden wäre. Nach vor einigen Wochen ließ der Gewerkschaftsbund in einer Adorfer Belegschäftsversammlung eine Resolution beschließen, daß das Krankengeld und die Invalidenterrenten der Wurmknappschäft erhöht werden müsse. Jetzt erklären die Gewerkschaftsagitatoren das Gegenteil, sie schämen sich nicht, zu behaupten, daß eine Forderung auf Erhöhung des Krankengeldes auf zwei Drittel des Arbeitslohnes und eine Einführung der Invalidenterrenten unausführbare Forderungen seien! Wie lange noch lassen die Wurmknappschäftarbeiter diesen Spott durch den „Christlichen“ Gewerkschaftsbund gefallen?

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zehe Eintrag I und III. Unter Bezugnahme auf § 11 des Reichsberggesetzes eruchen wir Sie, den in Nr. 18 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 3. Mai d. J. über unsere Schachtanlage I und III erschienenen Artikel wie folgt richtig zu stellen: „Es ist nicht richtig, daß der Steiger Mohr bei der letzten Aufschlagszahlung einen Arbeiter unrechtmäßig angewiesen hat, sich zurückzuziehen, richtig ist, daß der betreffende Arbeiter gegen die bestehende Ordnung verstoßen hat. Es ist nicht richtig, daß zufolge Bergpolizeilicher Vorschriften Leichtverletzte und Kranke auf Tragbahnen transportiert werden müssen, richtig ist, daß sehr viele Bergleute mit leichten Verletzungen sich weigern, auf Tragbahnen fortgeführt zu werden. Es ist nicht richtig, daß in den Hauptförderstrecken Dreck und Schlamm vorhanden ist. Es ist nicht richtig, daß für genügende Reinlichkeit in der Maschinenhalle keine Sorge getragen wird. Der angebliche Seifendreck wird nach jeder Schicht entfernt. Es ist nicht richtig, daß die Draußen nur dann nicht besonders gut laufen, wenn der Wasserdruck in der Pufferleitung nachläßt. Es ist unrichtig, daß die Lampen schlecht funktionieren. Gewerkschaft Eintrag II. Zehe.“

Saargebiet und Reichslande.

Katholik Marie. Ein Opfer der geschlichen Sonn-Tagstrafe. Auf Schacht Marie in Staßfelden ist es üblich, daß Sonntagsgelöhne und gesammelt wird. Am 15. April wurde der Bergarbeiter mitgeteilt, daß am Sonntag, den 18. April, gefeiert wurde, worauf dieselbe erwiderte, daß nur Wasser gefordert und der Bergarbeiter repariert wurde (?). Am Sonntag, den 4. Mai, wurde nun wieder gemauert. Als ein Wagen mit einem Kiesel Stein auf der Drehscheibe gebrochen wurde, fiel derselbe vom Wagen herunter und traf den Bauer Engel so unglücklich, daß derselbe schwer verletzt ins Spital nach Milhausen gebracht werden mußte, wo er drei Stunden später seinen Verletzungen erlag. Engel hinterläßt eine Witwe mit acht Kindern.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Gentleman Hüstes.

Herr Opperdorff beschäftigt sich in Nr. 18 vom 20. April der von ihm herausgegebenen Streitschrift „Wahrheit und Klarheit“ mit der Kampfesweise der Köln-M. Gladbacher Richtung, die jeden Verleugern, der nicht an ihrem Strang zieht, dabei selbst alles andere, nur keine Gentlemen sind. Opperdorff greift als Beispiel den Herrn Generalsekretär Franz Hüstes heraus und zitiert die von und schon mehrfach besprochenen, abfälligen und höhnischen Bemerkungen Hüstes über den Papst und den Bischof von Trier, den er mehrfach verächtlich den „alten Mann“ nannte, und merkwürdig, derselbe Hüstes, der bisher stolz auf seine Taten war, der in mehreren Versammlungen auf Anpassungen von uns alle seine früheren despektierlichen Äußerungen wiederholte, um dadurch zu beweisen, daß er und die „Christlichen“ Gewerkschaften völlig unabhängig vom Klerus seien, hat dem Grafen Opperdorff eine „Berichtigung“ gesandt, die in „Wahrheit und Klarheit“ vom 11. Mai abgedruckt ist. Diese „Berichtigung“ ist jedoch mehr eine Bestätigung unserer Angaben, als eine Widerlegung, die es angeht sein soll. Ueber seine Auffassung: „Wenn die Pfaffen mich im U. s. h. hätten, würden sie mich längst in die Saar ge...ssen haben“ geht Hüstes stillschweigend hinweg. Er hat anscheinend die Unterredung vom 28. Januar 1908, dem Tage des Unglücks auf Grube Neeben, noch nicht vergessen. Bei dieser Gelegenheit sagte er, daß es ihm vor einem Siege der Zentrumspartei im Wahlkreise Saarbrücken graute, weil er dadurch 10 000 Mitglieder verlieren würde. Auf unsere Frage, warum die Zentrumspartei nicht ihn, anstatt einen Justizrat aufgestellt habe, antwortete Hüstes: „Ich bin kein M. Gladbacher Böbling, bin kein Pfaffenknecht und werde auch keiner. Als Gewerkschaftler bin ich zu wenig Parteilmann, bin in meinen Anschauungen zu selbständig, darum können die Pfaffen mich auch nicht leiden. Wenn die Pfaffen mich im U. s. h. hätten, würden sie mich längst in die Saar ge...ssen haben.“ Ueber den „alten Mann“ in Trier will Hüstes nicht in solcher verächtlicher Form gesprochen haben, wie es aus unserer Darstellung hervorging. Er deutet sich auf eine Versammlung in Espelen, über die Dechant Hanssen-Millingen folgende Berichtigung in der „Saarpolst“ veröffentlichte:

„Herr Bezirksleiter Hüstes von den Christlichen Gewerkschaften veröffentlicht in Nr. 67 der „Saarpolst“ eine „Erklärung“, in welcher er verschiedene Behauptungen in meiner Rede zu Talsweiler vom 19. Juli als unwahr bezeichnet. Ich antworte darauf wie folgt:

1. Herr Hüstes sagt, es ist unwahr, daß er katholische Priester nachgeahmt habe. Ich halte meine Behauptung aufrecht. In der Gründungsversammlung der christlichen Gewerkschaft in Espelen am 12. November 1905 sprach Herr Hüstes in beleidigender Weise über Herrn Pastor Dr. Mayer und ähnte Miene und Sprache des Herrn Dr. Mayer nach. So die „Neunkirchner Zeitung“, 1905, Nr. 200. Herr Hüstes hat der „Neunkirchner Zeitung“ seine Berichtigung zugesandt und sie auch nicht verlagert. Ich mache diese Behauptung der „Neunkirchner Zeitung“ mit zu eigen und bin bereit, die Wahrheit derselben jederzeit zugeneigt zu beweisen.
2. Weiter ähnte Herr Hüstes in der Versammlung vom 5. April d. J. in Espelen auf der Bühne das „Anniebeugen“, „Bitten“ und „Wein wie Ventionsmädchen“ der „Berliner“ nach. Dieser Stand war so groß, daß der Herr Pastor selbst einschritt und protestierte.
3. Herr Hüstes sagte weiter, es sei unwahr, was ich ihm über den Herrn Bischof von Trier in den Mund gelegt habe. Ich habe den Bericht von Augen- und Ohrenzeugen hier vor mir liegen und schreibe denselben jetzt hier wörtlich ab. Er lautet:

„Versammlung in Espelen, 5. April 1908.
Hedner Hüstes.“

Die Versammlung war besucht von 17 Männern. Die ganze Rede war eine Hecke gegen unsere katholische Einrichtung der Berliner Richtung. Er sagte mir feien Schulte, Schurken, wir könnten sonst nichts als bitten und betteln und Anniebeugen wie ein Ventionsmädchen; dann daß die Geistlichen nichts in unserer Arbeiterbewegung zu sprechen haben. In diesem Punkt führte er aus, wir würden uns in die Irre führen, systematisch verdammen lassen. Ich will annehmen, Herr Bischof würde sterben, alt genug wäre er dazu, was ich aber nicht hoffe, dann würden wir von der Wildschär verhöhnen.“

So wörtlich der Bericht. Ich habe auch die Namen der Männer hier vor mir liegen, welche jederzeit bereit sind, vor Gericht die Wahrheit des oben gefagten Berichtes unter Eid zu bekräftigen.

Dechant Hanssen.“

Auf diese Versammlung haben wir uns nicht bezogen, kennen die Vorgänge nicht aus eigener Wahrnehmung und können deshalb auch nicht für ihre absolute Richtigkeit einstehen. Wir bezogen uns auf eine Versammlung im Sommer 1908 in Landsweiler, wo Hüstes über den Zirkler „Christkongress“ referierte und betonte, daß die folgenden Worte: „Ihr Herren Bischöfe, bis hierher und nicht weiter!“ schon vor zehn Jahren hätten gesprochen werden müssen. Hier sprach er dem Papst die Unfehlbarkeit auf wirtschaftlichem Gebiet und in Gewerkschaftsfragen ohne Einschränkung ab. Der Papst habe als geborener Italiener keine Ahnung von deutschen Verhältnissen, könne auch über sie sich auch darum kein Urteil anmaßen. Auf einen Zwischenruf: „Aber der Bischof von Trier ist Deutscher und kennt die deutschen Verhältnisse“, sagte Hüstes mit einer verächtlichen Handbewegung: „Ach, der alte Mann in Trier!“ Diese Worte und die verächtliche Bewegung entfielen unter den Anführern der Berliner Richtung einen Sturm der Entrüstung, worauf Hüstes sich zu „verbessern“ suchte und erklärte, daß er die Worte anders gemeint habe, als die Versammlung sie auffaßte. In seiner „Berichtigung“ führt Hüstes aus:

„Der Genosse Reimpeters berief sich auf die Enghylita Kerum novorum und führte dann aus, dadurch habe der Papst, der doch unfehlbar sei, die Gewerkschaftsfrage für die Katholiken eigentlich zugunsten der Berliner entschieden. In meiner Entgegnung habe ich dem Genossen Reimpeters erwidert, er als geborener Katholik dürfe doch wissen, daß der Papst in verzerrenden Fällen die Unfehlbarkeit nicht in Anspruch nehmen.“

Hüstes stellt die Sache so dar, als sei er durch Reimpeters quasi gezwungen worden, sich zur Unfehlbarkeitsfrage des Papstes zu äußern, wodurch er auf „mißliche Umstände“ rechnen könnte, wenn seine Darstellung — wahr wäre! In jener Versammlung wollte Hüstes die Kameraden hetzerisch und Reimpeters zuerst aus dem Saal werfen, wogegen die Bergleute protestierten, verweigerte aber beiden das Wort, mithin konnte Reimpeters auch nicht von der Enghylita sprechen. Hüstes möchte sich mit Gottes Hilfe durchhangeln, aber es geht nicht. Zum Schluß schreibt er „berichtigend“:

„Sie werden jetzt vielleicht fragen, warum ich mich nicht gegen die Urheber dieser Beschuldigungen weide. Aus dem einfachen Grunde, daß es schon vor Jahren geschehen ist, und die Beschuldigungen doch immer wieder in der „Bergarbeiter-Zeitung“ erhoben werden. Verklagen tue ich die „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht, aus dem Grunde, weil der Kläger auch bei einer Verurteilung des Abhaktars die Kosten bezahlen muß und ich dafür kein Geld habe. Würde Herr Reimpeters, dem nachzuweisen ist, daß ihm die Unwahrheit dieser Beschuldigungen bekannt ist, die von ihm herführenden Artikel selbst verantwortllich zeichnen, so wäre der Fall zu fassen.“

O du armer Hüstes! Also die Gerichtshöfen hatten ihn ab vom Klagen! Da wäre doch ein Ausweg möglich. Die Freunde des Herrn

